

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Drucker-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtkosten. W. 2.- vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ansonsten durch die Postämter. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Nachrichten“, sowie die Hauptstellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld die dortigen Hauptstellen und in den benachbarten Städten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Einzelnen-Preis für die Seite: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Wiesbadener Tagblatt“ und „Wiesbadener Nachrichten“ in einseitiger Spalte; 20 Pfg. in beiden abwechselnder Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Anzeigen; 2 M. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Spalten, nach beiderseitiger Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt 1440 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Samstag, 10. Januar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 15. - 62. Jahrgang.

Die Politik der Woche.

Meine Ursachen, große Wirkungen. Es ist wahrhaft erschreckend und betrübend, wenn man heute rückblickend alle die Zwischenfälle, wenn man die schwerwiegenden Folgen betrachtet, welche die bayerischen Vorgänge hervorgerufen haben, die bei einigermaßen gutem Willen und bei rascheren, aber auch vorsichtigerem Zugreifen aller beteiligten Stellen vielleicht im Keime hätten erstirbt werden können. Freilich hätte das zur Voraussagung geführt, daß zwischen den Militär- und Zivilbehörden nicht die schier unbegreiflichen Gegensätze beständen, die im Verlauf des Verfahrens vor dem Straßburger Kriegsgericht gegen Oberst v. Reuter und Leutnant Schadt in so unerfreulicher Weise zutage getreten sind. Auch die ganz unvereinbaren Zeugenaussagen der Zivilpersonen auf der einen und der Militärpersonen auf der anderen Seite bilden einen Beweis für die Spannung, die zum Schluß in Bayern bestand, und für die Massensuggestion, die hier mitwirkte. Zeigten doch die scharf entgegengesetzten Feststellungen der Militärbehörden und der Staatsanwaltschaft über die jüngste Schießerei in Bayern, daß auf beiden Seiten mit ganz verschiedenen Augen gesehen wurde. Es wird noch lange dauern und schwerer Arbeit bedürfen, um diese tiefgehenden Gegensätze auszugleichen und den Konflikt aus der Welt zu schaffen, der leider durch immer neue Zwischenfälle, wie die Hineinziehung des Kronprinzen in diese Debatte, weiter verschärft worden ist.

Zweifellos werden diese Dinge auch noch zu weiteren parlamentarischen Erörterungen führen, und zwar nicht nur in dem am Dienstag zusammen tretenden Reichstag, sondern auch in dem am Donnerstag eröffneten preussischen Landtag, denn es ist bereits angekündigt worden, daß die Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow in der bayerischen Abgeordnetenkammer zur Sprache gebracht werden soll. Im übrigen hat die Thronrede zur Landtagsöffnung keine sonderlichen Überraschungen gebracht. Die darin aufgezählten Gesetzesvorlagen waren durchweg schon früher angekündigt, und ihr Inhalt ist zum Teil, wie bei dem heimgesuchten Wohnungs-gesetz, vorher bekannt gewesen. Bedeutender als das, was die Thronrede mitteilte, war das, was sie verschwiegen, nämlich die vor fünf Jahren feierlich angekündigte Wahlrechtsreform, die also von Seiten der Regierung jedenfalls fürs erste als Tabu behandelt werden dürfte.

Am meisten Befriedigung tief noch die Feststellung der Thronrede hervor, daß dank den gemeinsamen Bemühungen der Großmächte der Weltfriede erhalten und gesichert worden ist. Hoffentlich gilt diese Sicherung nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft, und diese Hoffnung erhält dadurch eine Stütze, daß jetzt auch der heißeste Restbestand des Balkanproblems, der türkisch-griechische Grenzstreit, endlich der Lösung entgegengeht. Der Vermittlungsvorschlag des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen, wonach die ägäischen Inseln, bis auf die beiden den Dardanellen vorgelagerten Imbros und Tenedos, Griechenland zuerkannt werden sollen, das jedoch zur Nichtbefestigung der Insel verpflichtet wird, hat die Zustimmung des Dreibundes gefunden, während die Frage der Räumung der im Tripolis-Krieg besetzten östlichen Sporaden zwischen Italien und der Türkei selbständig geregelt werden soll.

Da sich Griechenland gleichzeitig zur Räumung des von ihm besetzten albanischen Gebietes verpflichtet hat, so würde man auf eine schnelle Beilegung des griechisch-türkischen Konfliktes rechnen können, wenn nicht etwa von Seiten der Türkei Einspruch gegen diese Lösung erhoben wird. In dieser Beziehung hat es mit einiger Sorge erfüllt, daß der Anlauf des brasilianischen Kreuzers „Rio de Janeiro“ am Goldenen Horn als eine nationale Tat gefeiert worden ist, während der neue Kriegsminister Enver Pascha zugleich in offensiver Weise die Reorganisation der Armee ankündigt, die mit einer fürchterlichen Musterung im Offizierskorps eingeleitet wurde. Noch mehr Bedenken aber erregt die einigermaßen verdächtige Rolle, welche der frühere türkische Kriegsminister Tazet-Pascha trotz aller von ihm ausgehenden feierlichen Dementis bei den jüngsten Putschversuchen in Albanien gespielt zu haben scheint. Zwar leugnet man in Konstantinopel mit Entschiedenheit, daß die türkische Regierung bei diesen Dingen die Hand im Spiel habe, aber die Verhängung des Belagerungszustandes über Balona läßt deutlich erkennen, daß auch jetzt noch mit ernstlichen mohammedanischen Unruhen gegen die Kandidatur des Prinzen von Wied zu rechnen ist.

In den beiden anderen Balkanstaaten Bulgarien und Serbien ist die dort ausgebrochene Krisis noch

halbwegs glatt beigelegt worden. In Serbien hat der König die Demission des Kabinetts Paschitsch abgelehnt, und in Bulgarien ist Radoslawow auf neue mit der Bildung des Ministeriums betraut worden. In Mexiko dauert der kritische Zustand unverändert fort, doch hat Huerta zur Abwechslung jetzt wieder einmal einen Sieg über die Aufständischen davongetragen. Die Pankees stehen zwar noch immer Gewehr bei Fuß, aber die Verstärkung des Geschwaders in den mexikanischen Gewässern um vier weitere Kriegsschiffe scheint eine einigermaßen deutliche Sprache zu sprechen.

Der steile Thron Albaniens.

Berlin, 8. Januar.

Von neuem ist der Ausblick in Albaniens Zukunft von schweren Wolken verdunkelt. Wie ein Blitz aus wenigstens leidlich heiterem Himmel kam die Nachricht, die albanischen Führer hätten die Notwendigkeit der Wahl eines Herrschers mohammedanischen Glaubens



erkannt und deshalb die Fürstenwürde dem bisherigen türkischen Kriegsminister Tazet-Pascha angetragen. Tazet-Pascha dementiert das zwar, die Meldung wird auch von dem in Deutschland weilenden Bevollmächtigten der provisorischen albanischen Regierung als „phantastische Erfindung“ bezeichnet, trotzdem aber bringen die Ereignisse der letzten Tage eine Bestätigung der Befürchtungen, die von Kennern seit jeher an die Glaubensfrage bei der Thronbesteigung geknüpft wurden, und gleichzeitig werden die Hoffnungen des Prinzen von Wied und seiner Anhänger in Frage gestellt, selbst wenn man von der angeblichen Proklamation Tazet-Paschas noch ganz abliest: das Befinden des jüngsten europäischen Sorgenkinds ist noch immer nichts weniger denn erfreulich.

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert, der Weg von Potsdam nach Durazzo mit Schwierigkeiten aller Art. Als peinlich nahelegend drängt sich die Parallele auf. Und wenn gleich der Prinz von Wied die besten Vorsätze haben mag, den „Thron seiner Enkel“ zu besteigen, wie man es in Berliner diplomatischen Kreisen mit einem nassen, einem heiteren Auge nennt, — nach allem, was auch sonst neuerlich verlautet, scheint sein Weg zu jenem Thron nicht gerade in ein Himmelreich zu führen! Der künftige Herrscher muß das auch wohl selber einsehen: es wurde gemeldet, seine Abreise nach Albanien, die bereits für Ende dieses Monats vorgesehen war, sei

„erstweilen“ verschoben worden. Man wird es ihm unter den obwaltenden Umständen nicht verdenken können. Fast täglich kommen jetzt aus jenem trüben Balkanwinkel zum Teil — je nach ihrer Provenienz — an Widersprüchen reiche Nachrichten. Alle zusammen genommen, ergeben sie aber zum mindesten das eine ziemlich sichere Resultat, daß zunächst nicht mehr wie alles fehlt, um die friedliche, unge störte Entwicklung eines selbständigen Staates Albanien zu gewährleisten.

Es trägt nicht gerade zur Beruhigung des Landes bei, daß in ihm immer noch der Strenzfriede Effad-Pascha sein Wesen treibt. Niemand kennt die Pläne und den Ehrgeiz dieses alten Fuchses, und man weiß nicht, über eine wie große Anhängererschaft er unter den in weltabgeschlossenen Bergtälern hausenden, so verschiedenartigen albanischen Volksstämmen verfügt. Wie es denn überhaupt die eigenartige geographische Lage des Gebirgslandes mit sich bringt, daß nur schwer ein Bericht in die Außenwelt zu dringen vermag, der die Stimmungen und Meinungen der einsam und verstreut tief im Innern lebenden Bewohner einigermaßen zutreffend wiedergibt. Die Anwesenheit Effad-Paschas muß im übrigen schon deswegen als ein so komplizierteres und gefährlicheres Problem gewertet werden, als er zu seinen Ratgebern Angehörige der angesehensten, alteingesessenen albanischen Patrizierfamilien zählt. Nun, auch Effad-Pascha wird Farbe bekennen müssen, wenn zunächst ein neuer Herrscher ins Land einzieht — sei es nun ein Prinz von Wied, sei es ein Tazet-Pascha. Auf Überraschungen von dieser Seite her aber muß man gefaßt sein. Das beweisen bereits wieder die neuesten Meldungen, denen zufolge einerseits Effad-Pascha gemeinsame Sache mit Tazet-Pascha machen und andererseits über Balona, den derzeitigen Aufenthaltsort Effads, der Belagerungszustand verhängt worden sein soll. Insbesondere diese letztere Maßnahme, durch die man anscheinend allen Putschversuchen vorbeugen hofft, die aber gleichzeitig die Gerüchte von derartigen Unruhen Effads und seiner Anhänger bestätigt, läßt die ganze gegenwärtige Situation in einem neuen, wenig günstigen Lichte erscheinen.

Den Keim zu schweren Konflikten birgt auch die Wahl der künftigen Landeshauptstadt noch in sich. „Die Durazzo“ ist das Feldgeschrei der einen Partei — „die Tirana“ das der anderen. Auch für Balona soll eine Gefolgschaft vorhanden sein, die bei dem bekannten albanischen Temperament, gerade wie in den erwähnten anderen Orten, die Wahl einer „feindlichen“ Hauptstadt kaum ruhig hinnehmen dürfte.

Die provisorische Regierung hat neulich bereits Briefmarken für den neuen Staat bestellt mit der Aufschrift: „Freies Albanien“. Uns will scheinen, es hätte damit noch ein wenig Zeit gehabt, und man hätte zunächst andere Sorgen. „Frei“ ist Albanien zwar noch von einem Fürsten, aber noch lange nicht frei von allerlei Kinderkrankheiten, die sein Wachstum zu erschweren oder gar zu verhindern drohen. Es ist zu wünschen, daß diesem Lande nun endlich bald ein Retter kommen möge, der es mit starker Hand aus allen Wirrnissen heraus dem Frieden entgegenführt, der im Interesse Europas erforderlich ist. Wer endlich die anscheinend so steilen Stufen zum Albanierthron ersteigen wird — ein Prinz von Wied oder ein anderer — das mag, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, im Interesse der Lebensfähigkeit des Landes schließlich gleichgültig sein.

Die endgültigen Grenzen Albaniens.

Die internationale Kommission zur Feststellung der Grenzen hat vor einigen Tagen ihre Arbeit vollendet. In unserer heutigen Karte bringen wir eine Übersicht des nunmehr festgelegten Gebietsumfanges Albaniens. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, daß bei der leidenschaftlichen Agitation der Griechen im albanischen Epirus die kaum geschaffene albanische Südgrenze noch eine mehr oder weniger kleine „Korrektur“ erfährt, doch wird die Ost- und die Nordgrenze die in unserer Karte gezeigte Lage endgültig behalten.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Zur kaiserlichen Krönungstafel am Freitag im Armen Palais Potsdam war der Herzog von Ardenberg geladen.

h. Die Stellung der Nationalliberalen zur Saberner Affäre. Die in der Presse seinerzeit viel erörterte Zustimmung der nationalliberalen Fraktion des Reichstags zu dem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler, die innerhalb der Partei selbst vielfach zu Bedenken Anlaß gegeben hat, fand eine Erörterung in einer nationalliberalen Versammlung in Magdeburg, in welcher einer der Führer der Partei, Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer, die Haltung der Fraktion verteidigte. Er ging davon aus, daß man die ganze Angelegenheit verschoben habe. In der Sitzung des Reichstags, in welcher dem Kanzler das Miß-

von 300 russischen und 30 ausländischen Delegierten eröffnet worden.

Griechenland.

Zollerhöhung in den neuen Gebietsteilen. Saloniki, 8. Januar. Für Neu-Griechenland wurden vom 3. Januar ab die Zollsätze um 4 Prozent, somit auf 15 Prozent, erhöht. Da die neuen Zollsätze angeblich auf Waren angewendet werden sollen, die bereits vor dem Erlaß der neuen Vorschrift im Zollhause lagerten, droht der gesamte Großhandel, weil die Kaufleute nicht imstande sind, die Preise festzusetzen.

Das Königspar als Gast in der deutschen Gesandtschaft. Athen, 8. Januar. Der König und die Königin werden mit dem gesamten Hof an dem am Samstag in der deutschen Gesandtschaft stattfindenden Wahl teilnehmen, zu welchem auch der Admiral der deutschen Mittelmeerdivision mit seinem Stab und der Kommandant des Panzerkreuzers „Goeben“ geladen sind. An das Wahl schließt sich ein großer Empfang an.

Türkei

Die Reformen in Kleinasien. Paris, 9. Januar. Nach einer Mitteilung aus Konstantinopel darf die Frage der Reformen in Kleinasien als geregelt angesehen werden. Die Pforte werde die zu ernennenden Generalinspektoren, die den neutralen Staaten angehören werden, auf Grund einer von den Großmächten aufgestellten Liste auswählen. Etwaige Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den fremden Generalinspektoren und den Wäls entstehen sollten, würden von den Großmächten im Einverständnis mit der Pforte geregelt werden.

Asien.

Eine 500-Millionen-Anleihe Japans in Frankreich. R. Tokio, 8. Januar. Der „Arabi“ meldet, daß Japan mit französischen Kapitalisten in Verhandlungen über eine Anleihe von 500 Millionen Franken stehe, die durch Obligationen der Hypothekenbank gedeckt werden und der wirtschaftlichen Entwicklung Japans dienen soll.

Nordamerika.

Zum Schutze der Amerikaner in Mexiko. Washington, 8. Januar. Marinesekretär Daniels hat 450 Mann Seesoldaten von der Panamakanalzone auf die Kriegsschiffe an der Ostküste von Mexiko kommandiert.

Südamerika.

Das chilenische Budget. Santiago de Chile, 9. Jan. Der Präsident erklärte im Staatsrat, infolge der Durchführung von Ersparnissen würden die Ausgaben für 1914 in den ordentlichen Einnahmen Deckung finden.

Südafrika.

Die Streikfrage. R. Pretoria, 8. Januar. (9 Uhr abends.) Hier ist alles ruhig. Die Züge verkehren fahrplanmäßig. — R. Pieter-Maritzburg, 9. Januar. (1 Uhr früh.) Die hiesigen Eisenbahnangestellten haben beschlossen, weitere Schritte bis nach der großen Versammlung am nächsten Sonntag zu verschieben.

Sitzung der Stadtverordneten

— Wiesbaden, 9. Januar.

Es waren 42 Stadtverordnete anwesend.

Den Vorsitz führte Justizrat Dr. Alberti.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff der Vorsitzende das Wort, um dem schmerzlichen Bedauern Ausdruck zu geben, daß er die Verhandlungen mit einem Akt der Trauer eröffnen müsse. Im neuen Jahr finde man einen Stuhl leer, den des Herrn Esch, der seit der letzten Sitzung dem Kollegium durch den Tod genommen worden. Obwohl Jahre habe er als Stadtverordneter gewirkt. Raslos habe er gearbeitet, in jedem Ausschuss habe man ihn willkommen gesehen und im Plenum habe man seine Worte mit Aufmerksamkeit gehört, weil man gewußt, daß sie von Bedeutung waren. Allen sei ein Gedanke genommen worden, dessen Andenken dauernd in Ehren gehalten werde. Zum Zeichen dessen erhob sich das Kollegium. — Bürgermeister Travers teilte mit, daß der Magistrat den Hinterbliebenen des Herrn Esch seinem Schmerz über dessen Heimgang Ausdruck gegeben habe.

Die mit Ende des vorigen Jahres ausgeschiedenen Stadtverordneten Schröder und Becker verabschiedeten sich in einem Schreiben von dem Kollegium nach 19jähriger Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung, in der es ihnen vergönnt gewesen sei, mit zum Wohle der schönen Vaterstadt zu arbeiten.

Zur Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Stadtverordneten

wurden die Herren Andres, Varner, Dr. Degenhardt, Acide, Ph. Müller, Busch, Söhnlein, Papst und Zorn ausgerufen. An sie richtete Stadtverordneter Dr. Alberti eine Ansprache, worin er sie zunächst auf ihre Pflichten hinwies, die sie sich ja wohl bereits klar gemacht. Sie hätten eine schöne und ehrenvolle Aufgabe, die für die Allgemeinheit, die Stadt Wiesbaden, zu arbeiten. Sie seien wohl gewöhnt von einzelnen Maffen und Parteien, nicht aber als deren Vertreter, sondern als Vertreter der gesamten städtischen Bürgerschaft. Das müsse ihnen bei allen Beratungen und Abstimmungen klar bewußt werden. Dr. Alberti entbot sodann den Herren ein herzlich Willkommen, man komme ihnen als Mitarbeiter vertrauensvoll entgegen und hoffe von ihnen das gleiche Vertrauen. Dann werde die Arbeit segensvoll für sie und alle werden. — Die Verpflichtung erfolgte dann durch Handschlag.

Beigeordneter Körner brachte dann die Gymnasiumsneubauten

zur Sprache. Der Magistrat habe bereits längere Verhandlungen mit dem König. Behörden dieserhalb geführt. Er lasse nunmehr vor, die Angelegenheit einem Ausschuss zu überweisen, denn er wolle mit der Stadtverordnetenversammlung Hand in Hand gehen. Die Stellungnahme des Magistrats sei aus dessen letztem Schreiben an das Provinzialausschulungskollegium ersichtlich. Beigeordneter Körner brachte dieses Schreiben zur Verlesung. Es lautet: „Als es bekannt wurde, daß an der Beethovenstraße das neue humanistische Gymnasium errichtet werden sollte, hat sich eine lebhaft bewegte Bewegung der Anlieger gegen dieses Vorhaben geltend gemacht. Die Anlieger, meistens hier zugezogene Rentner und alte Steuerzahler, befürchten, daß die Ruhe der Gegend durch den Verkehr der vielen jungen Leute erheblich beeinträchtigt werde; sie erklären, daß sie diese Gegend gerade der Ruhe wegen gewählt haben, die dort durch keinen lebhaften Straßen-

und Straßenbahnverkehr gestört ist. Wiesbadener Willenbesitzer und Grundeigentümer befürchten eine Entwertung ihrer Willengrundstücke und Baupläne. Wenn die vorgetragenen Beschwerden auch in mancher Beziehung übertrieben erscheinen, so glaubte der Magistrat doch Veranlassung zu haben, nochmals mit der Königl. Staatsregierung wegen der Wahl eines anderen Bauplatzes in Verhandlung zu treten, um so mehr, als es ihm zweifelhaft erschien, daß von der Stadtverordneten-Versammlung bei Beibehaltung des Platzes in der Beethovenstraße die künftige Übernahme des alten Gymnasiums genehmigt werden würde, und um so mehr, als wir überzeugt sind, daß auch an anderer Stelle ein den Schul- und fiskalischen Interessen gleich geeigneter Bauplatz gefunden werden kann.“

Eine amtliche Äußerung hierauf sei noch nicht erfolgt. Der Magistrat habe auch andere Plätze vorgeschlagen. Da bestimmte Interessen in Frage kämen, ersuche es geboten, diese Vorschläge zu beraten. In einem Zeitungsartikel in dieser Angelegenheit sei gesagt worden, der Staat habe der Stadt großes Wohlwollen dadurch gezeigt, daß er hier zwei Staatsanstalten unterhalte. Darauf sei zu erwidern, daß das humanistische Gymnasium seit sehr langer Zeit bestünde und schon zu nassauischer Zeit bestanden habe. Aus dieser Zeit rühre auch der Zentralstudienfonds her, in dem ganz erhebliche Stiftungsmittel festgelegt seien, die den Zweck hätten, die höheren Bildungsanstalten zu unterstützen. Als vor 15 Jahren das humanistische Gymnasium hätte vergrößert werden müssen, habe man diese Vergrößerung nicht vorgenommen, ehe die Stadt sich nicht verpflichtet hätte, einen großen Teil der Kosten zu übernehmen und einen jährlichen Zuschuß von 8000 M. zu leisten. Gegenüber der Behauptung, die Stadt mache ein gutes Geschäft, wenn sie die alten Gymnasien übernehmen würde, bezeichne es Redner als ganz erwünscht, wenn die Frage der Übernahme der alten Gebäude zu dem von dem Fiskus geforderten Preise in der Kommission besprochen werde.

Stadtverordneter Schwanf berichtete für den Bauausschuss über die

vorläufige Abrechnung über das Kaiser-Friedrich-Bad und die Vorlage wegen Erweiterung der Betriebsanlage.

Der Magistrat beantragt die Bewilligung von 193 823 M., in denen 132 023 M. an entstandenen Mehrkosten und 60 800 M. für die Erweiterung der Betriebsanlage enthalten sind. Von den Mehrkosten entfallen 112 753 M. auf das Hauptgebäude; sie entstehen in der Hauptsache durch die schwierigen Fundamentierungsarbeiten. Wesentliche Mehrkosten (10 800 M.) entstehen auch bei dem Fußboden- und Wandplattenbelag. Der Ausschuss ist der Meinung, daß die Rekrutierungen nicht nur notwendig waren, sondern zum großen Teil auch wirtschaftlich berechtigt sind. Die vorläufige Abrechnung weist nach, daß die Kosten des Neubaus mit den Kosten der Innenausstattung im Einklang stehen. Es hätte vielleicht dies und das an dem Innenausbau gespart werden können, da aber das Kaiser-Friedrich-Bad als Hauptkurfaktor bezeichnet werden darf, mußte auf gediegene Innenausstattung Gewicht gelegt werden.

Der Antrag zum Kaiser-Friedrich-Bad ist außerordentlich groß.

Momentlich hat sich die Benutzung der Thermalbäder erheblich größer erwiesen, als man erwarten durfte. Es ist deshalb nötig, daß die Zahl der Bäder erhöht wird. Die jetzige Einrichtung ermöglicht die tägliche Abgabe von 240 Bädern, bis zu 400 Bädern müssen aber täglich abgegeben werden können. Die 132 023 M. Mehrkosten und die 60 800 M. für die Ausführung der Erweiterung sollen der für das Kaiser-Friedrich-Bad bewilligten Anleihe entnommen werden.

In der Diskussion, die sich ziemlich umfangreich gestaltete — wir kommen in der heutigen Abend-Ausgabe noch darauf zurück — wies Stadtverordneter Demmer zunächst darauf hin, daß alsbald nach der Eröffnung des Neubaus eine Partie Kleirohre herausgenommen und durch stärkere Rohre ersetzt werden müßten. Die Schuld habe an der ausführenden Firma Schaffstaedt gelegen, vor der er damals gewarnt habe. Die Firma habe versucht, die Schuld auf die Arbeiter abzuschieben.

Wauinspektor Grün erklärte, die Richtigkeit der Ausführungen des Stadtverordneten Demmer müsse zugegeben werden, denn es sei Tatsache, daß die Firma Schaffstaedt teilweise Rohre verwendet habe, die nicht die vorgeschriebene Wandstärke hatten. Die Auswechslung erfolgte auf Kosten der Firma, der Stadt ist also kein Schaden erwachsen. Die Auswechslung der Rohre mußte auch zum Teil wegen der übereilt schnellten Fertigstellung der Montage erfolgen; es war keine Zeit da, die Anlage so auszuprobieren, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre.

Stadtverordneter Friedländer teilte einiges über die bisherigen Betriebsergebnisse

mit, wobei er auf die im „Wiesbadener Tagblatt“ vor einiger Zeit angestellte Berechnung des voraussichtlichen Finanzabflusses des neuen Bades Bedrängnis Bezug nahm. Es sei nicht richtig, daß in den ersten 6 Monaten der durchschnittliche Monatsverdienst der Bäder 6500 M. betragen habe. Der Irrtum sei darauf zurückzuführen, daß die vom statistischen Amt mitgeteilten Zahlen bei der Berechnung benutzt worden seien, in denen indessen nur die Frequenz der Thermalwasser- und Sulfidwasserbäder zum Ausdruck komme. In den 6 Monaten vom 1. April bis Ende November 1913 seien etwa 160 000 M. eingegangen, dabei sei zu berücksichtigen, daß das Badehaus in unfertigem Zustand eröffnet worden sei, wodurch der Monat April kaum zur Hälfte ausgenutzt werden konnte. Ferner seien die verschiedenen Betriebsstörungen (durch Rohrtauswechslung usw.) und der Mangel an Thermalwasser zu berücksichtigen. Im Voranschlag waren als Jahreseinnahme 281 500 M. vorgesehen; wenn man diese erwartete Einnahme auf den Monat umrechnet, so ergibt sich eine durchschnittliche Monateinnahme von 19 300 M.

In den ersten acht Monaten beträgt die monatliche Durchschnittseinnahme 20 000 M.

Das sind also mehr als der im Voranschlag angenommene Durchschnittsertrag eines von zwölf Monaten. Das Resultat der ersten acht Monate stellt sich allerdings weniger günstig dar, wenn man die vier fehlenden Monate berücksichtigt, die durchschnittlich in ihrem Ertrag ebenfalls erheblich hinter dem Durchschnittsertrag der ersten acht Monate zurückbleiben werden. Die Einnahmen des Dezember sind verhältnismäßig gering, mit dem Januar und Februar wird es voraussichtlich nicht anders sein. Im ganzen ist voranzufahren, daß die Jahreseinnahme ungefähr um 20 000 M. hinter dem Voranschlag zurückbleibt.

Bei den Ausgaben ist anzunehmen, daß sie sich im wesentlichen mit denen des Voranschlags decken werden.

Bürgermeister Travers stellte noch einmal ausdrücklich fest, daß die Gesamtkosten, einschließlich der jetzt zu bewilligenden Summe, aus den bereits bewilligten Anleihemitteln gedeckt werden. Die Anleihe betrug 2 800 000 M. Davon wurden verausgabt: für das Vorprojekt und Vorarbeiten 101 000 M., für den Hauptbau 1 985 000 M., für Nebenanlagen 350 000 M., für den Ausbau der Coulisstraße 15 500 M., für Betriebskosten 6200 M., zusammen also 2 357 700 M. Nach der jetzigen Vorlage erhöht sich dieser Betrag auf 2 500 523 M., so daß die Gesamtkosten noch um annähernd 300 000 M. hinter der Anleihe zurückstehen.

Stadtverordneter Hartmann machte darauf aufmerksam, daß bei der Entscheidung über das Kaiser-Friedrich-Bad — damals „Adler-Bad“ genannt — einige Stadtverordnete den Standpunkt vertreten haben, daß die von den Ärzten gewünschten medizinischen Bäder unrentabel würden. Die Richtigkeit dieser Anschauung habe sich schon erwiesen.

Die Haupteinnahme stamme aus den Thermalbädern. Das würde auch in Zukunft so bleiben.

Stadtverordneter Friedländer erklärte demgegenüber, daß von den 160 000 M. Einnahmen nur 75 000 M. auf Thermalbäder entfielen. Der andere Teil der Einnahme sei allerdings hauptsächlich durch Inhalationen und römisch-irische Bäder erzielt worden. Auf rein medizinische Bäder entfielen in den acht Monaten 40 000 M. Eine medizinische Abteilung sei in einem städtischen Badehaus von der Bedeutung des Kaiser-Friedrich-Bads unbedingt nötig.

Nachdem sich noch die Stadtverordneten Hartmann, Gerhardt, Friedländer und Bürgermeister Travers geäußert hatten, wurde der Antrag des Ausschusses auf Genehmigung der Vorlage angenommen. Für die

Verstellung einer Thermalwasserzuleitungsanlage

vom Brunnenkontor in der Spiegelgasse nach dem Kaiser-Friedrich-Bad wurden auf Antrag des Bauausschusses 8000 M. bewilligt. Wie der Berichterstatter des Ausschusses, Stadtverordneter Schwanf, bemerkte, ist die Zuleitung von Thermalwasser zum neuen städtischen Badehaus notwendig, um den Bedarf an Thermalwasser zu decken. Ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß die Zuleitungsanlage bereits gelegentlich des Neubaus der Longgasse hergestellt worden ist; Eingrabungen brauchen also nicht mehr vorgenommen zu werden.

Stadtverordneter Hildner berichtete für den Bauaus-

schuß über das Baubürogefeuch des Blaukreuzvereins

wegen Einrichtung von Wohn- und Schlafstätten in dem Betriebsgebäude an der oberen Dohheimer Straße. Der Magistratsantrag will den Dispens von dem Bausekret nach § 2 des Straßenbaustatuts auf jederzeitigen Widerruf erteilen. Es handelt sich um die Einrichtung einer Betriebswohnung von drei Zimmern und Küche und um drei Schlafstätten für Arbeiter. Der Blaukreuzverein hat entgegen eines Stadtverordnetenbeschlusses gebaut. Der Magistrat hat offenbar aus Rücksicht auf humaner Natur die Erteilung des Dispenses befürwortet, obwohl er sonst grundsätzlich keinen Dispens ähnlicher Art bei Widerrufsbauten erteilt. Der Bauausschuß beantragt,

den Magistratsantrag abzulehnen und das Dispensgesuch nicht zu genehmigen.

Der Antrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Begründung des Antrags wies der Berichterstatter vor allem darauf hin, daß an die Dohheimer Straße zunächst aus Rücksicht auf die Anwohner, dann aber auch deshalb, weil die Dohheimer Straße nach einem vielbenutzten Bahnhof und dem Wald führt, keine das Ortsbild verunstaltenden Bauten gehören. Auch sanitäre Gründe spielen bei der Ablehnung eine Rolle. Widerrufsbauten können nicht an den Kanal angeschlossen werden. Werde der Dispens erteilt, dann werde ein höchst unangenehmer Präzedenzfall geschaffen.

In der Diskussion stellten sich die Stadtverordneten Demmer, Gerhardt und v. Esch auf die Seite des Ausschusses, während Stadtverordneter v. Dreifing meinte, man solle die Sache nicht so ohne weiteres ablehnen, da es sich in dem Blaukreuzverein um einen Verein handle, der viel Gutes wirke. Das wurde übrigens von sämtlichen Rednern anerkannt. Bürgermeister Travers rechtfertigte die Stellungnahme des Magistrats. Der Ausschussantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Der Mischlinienplan über die Verbreiterung des Treppenveges zwischen Kar- und Bahnstraße von 4 auf 6 Meter wurde auf Antrag des Bauausschusses (Referent: Stadtverordneter Hildner) genehmigt.

Aber die Bewilligung von 24 500 M. zur

Beschaffung einer Automobilspritze

für die städtische Feuerwehr berichtete Stadtverordneter Dr. Dederhoff namens des Finanzausschusses. Die Frage ist schon früher erwogen worden, aber jetzt wieder dringend geworden, da vier Pferde erfahrbefürhtig sind. Die Fabrikation ist inzwischen so weit vorgeschritten, daß die Anschaffung erfolgen kann. Die Automobilspritze ist viel leistungsfähiger und bietet größere Sicherheit. Bei anderen Städten wurden Erlundigungen eingezogen, darauf mehrere Wagen erprobt und auf Grund des Gutachtens des Stadtbauinspektors Verlit beschloffen, den Venzmerken den Lieferauftrag zu erteilen. Der Wagen hat 55 bis 65 PS., eine Geschwindigkeit von 40 Kilometer in der Stunde, vermag 15 Prozent Steigung zu nehmen und 1800 bis 2000 Kubikmeter Wasser in der Minute bis zu 100 Meter Höhe auszuwerfen. Er bietet elf Personen Platz. Die Lieferzeit beträgt 8 bis 4 Monate. Die Kosten werden aus dem Feuerversicherungs- und dem Pferdeerneuerungsfonds gedeckt.

Bürgermeister Travers gab von einem nachträglich eingegangenen Brief der „Wiesbadener Automobil-Zentrale“ Kenntnis, die eine Automobilspritze der Firma Opel Ober zur dreimonatigen Probe anbietet. Dazu bemerkte Bürgermeister Travers, daß das Angebot der Firma Opel bei den Beratungen vorgelegen, der Magistrat sich aber auf Grund des Gutachtens seines Sachverständigen Verlit für die Firma Venz entschieden habe.

Darauf wurden die 24 500 M. bewilligt. Der Ankauf zweier Grundstücke im Distrikt „Marie“ von 50 Nr 42 Quadratmeter zum Preise von 30 M. die Rute, insgesamt 21 463 M., von den Geschwistern Bollwöber wurde auf Antrag des Finanzausschusses (Referent: Stadtverordneter Esch) genehmigt.

Der Witwe des Direktors Professor Gütth und der Witwe des Direktors Dr. Hofmann werden die geschiedenen Wittwengelder bewilligt.

Die Stadtverordnetenwahlen werden, nachdem Einsprüche dagegen nicht erhoben wurden

und keiner der Gewählten das Amt abgelehnt hat, für gültig erklärt.

Die übrigen auf der Tagesordnung stehenden und einige neue Vorlagen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Zu dem Punkt Neuwahl des Wahlausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder für die Deputationen und ständigen Ausschüsse ist ein Schreiben des Wahlausschusses der Beamtenvereinigung eingegangen, worin gebeten wird, bei der Wahl einen Vertreter der dritten Klasse zu berücksichtigen. Dieser Standpunkt wird auch von den Stadtverordneten Demmer, Gerhardt und Busch vertreten. Gewählt werden die Stadtverordneten Dr. Alberti mit 42, Baumbach mit 24, Dr. Fresenius mit 38, Dr. Friedländer mit 37, Glücklich mit 21, Harimann mit 42 und Siebert mit 37 Stimmen. Ferner erhielten die Stadtverordneten Gerhardt 18, Kaltwasser 14 und Warner 3 Stimmen.

In geheimer Sitzung wurde die Wahl eines Beigeordneten vollzogen. Die in die engere Wahl gezogenen Bewerber hatten sich den Stadtverordneten vor der Sitzung persönlich vorgestellt. Gewählt wurde Ministerialsekretär Dr. Gustav Sch aus Darmstadt mit 43 Stimmen. Sein Gegenkandidat war Beigeordneter Dr. Walter Kuth aus Aachen, der 6 Stimmen erhielt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Unentgeltliche Rechtsauskunft.

Gesheimrat Meyer (Wiesbaden), der sich seit Jahren in überaus eifriger und selbstloser Weise in den Dienst der Rechtsauskunftstelle für Unbemittelte stellt, erstattet jetzt den Bericht über seine und seines Mitarbeiters Tätigkeit im Jahr 1913. Im verfloffenen Jahre belief sich darnach die Zahl der im Interesse der unbemittelten Rechtsuchenden unternommenen Reisen auf 189; Rechtsfragen wurden 2417 erledigt, Schriftsätze 2203 angefertigt, 593 Auskünfte in der Wohnung des Leiters der Stelle (Meyer) erteilt, 831 Versicherungssachen bearbeitet und 86 Termine vor den Oberverwaltungsämtern abgehalten. Es wurde also eine recht stattliche Arbeit geleistet, die um so eindrucksvoller erscheint, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie beinahe allein auf den Schultern eines Mannes ruhte. Lebhaft für einige Winterreisen trat an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Landgerichtspräsidenten Mendhoff Herr Gerichtsassessor Viedke in Marburg ein.

Das Arbeitsfeld wies auch im Jahre 1913 eine große Mannigfaltigkeit auf. „Sachenrecht, Familien- und Erbrecht, Schuldverhältnisse, vor allem aber Arbeiterversicherungsrecht, hatten den Löwenanteil“, heißt es in dem Bericht. „Der Hauptgrund dafür bei den Beratungen war, in zweifelhaften oder gar ausrichtungslosen Fällen von dem kostspieligen Prozeßieren dringend abzuraten, zu Vergleichen anzuregen und sie zu vermitteln.“ Der Berichterstatter geht dann auf eine ganze Reihe Einzelheiten und einige Einzelfälle sowie auf die Erfolge in Versicherungssachen ein und schließt:

„Der Leiter, welcher am 4. September 1913 in sein 78. Lebensjahr trat, fühlt sich, obwohl er seit 6. Februar 1913 wieder ohne Mitarbeiter war, gottlob noch der Arbeitslast gewachsen, wenn ihm auch eine jugendfrische, konstante Juristenkraft, namentlich als zeitweiser Vertreter, gegen Reisekostenersatzung auf den vielen beschwerlichen Herbst- und Winterreisen nicht unerwünscht wäre, und bittet, wie bisher, die Un- und Kinderbemittelten aus ganz Nassau und Umgegend um fleißigen Besuch seiner auswärtigen Sprechstunden sowie um zahlreiche briefliche Rechtsfragen, namentlich in Arbeiterversicherungsachen, nebst Vollmacht und betreffenden Papieren nach Wiesbaden, Goethestraße 8, 1, wobei Unbemittelte kein Rückporto beizufügen brauchen, da Mittel hierzu durch Staatsbeihilfe vorhanden sind.“

Über Gegenstände und in dem jüngsten Jahresbericht gesagt: eine Anzahl Dorfbürgermeister und einige Landräte verhalten sich der unbemittelten Rechtsbeistand gegenüber immer noch ablehnend. Die Zahl der von der Rechtsauskunftsstelle seit 1907 bewandten Rechtsfragen belief sich Ende 1913 auf insgesamt 13 983.

— **Wirtische Stiftung für arme Waisen.** Im Frühjahr 1. J. gelangen die Zinsen des Wirtischen Stiftungskapitals von 20 000 M. aus den Rechnungsjahren 1912 und 1913 im Betrag von je 800 M. zur Verteilung. Nach dem Testament des verstorbenen Landesdirektors a. D. Wirth sollen die Zinsen einer gering bemittelten Person (männlichen oder weiblichen Geschlechts), die früher für Rechnung des Zentralwaisensfonds besetzt worden ist und die sich seit Entlassung aus der Waisenversorgung stets untadelhaft betragen hat, frühestens fünf Jahre nach dieser Entlassung als Ausstattung oder zur Gründung einer bürgerlichen Niederlassung zugewendet werden. Die an den Landeshauptmann zu Wiesbaden zu richtenden Vorschläge müssen Angaben enthalten: 1. über den seitherigen Lebenslauf des Bewerbers oder der Bewerberin, namentlich seit Entlassung aus der Waisenversorgung; 2. über deren dormalige Beschäftigung; 3. über die geplante Verwendung der erbetenen Zuwendung im Sinne der Stiftung. Ihnen sind amtliche Bescheinigungen über die seitherige Beschäftigung und Führung der Bewerber und Bewerberinnen sowie Zeugnisse der seitherigen, insbesondere des letzten Arbeitgebers beizufügen. Bewerbungen können nur berücksichtigt werden, wenn sie vor dem 1. März 1914 eingegeben.

— **Vom Kaufmanns-Erholungsheim.** Die gegenwärtige starke Inanspruchnahme der kaufmännischen Hilfskräfte (durch Inventur usw.) macht sich auch bei dem Kaiser-Wilhelm-Heim beim Kaufmanns-Erholungsheim bemerkbar. Dort sind gegenwärtig nur 20 Betten besetzt. Es ist jedoch zu erwarten, daß mit dem Schluss des Jahres, wenn der Geschäftsgang in den kaufmännischen Betrieben wieder ruhiger geworden, die Inanspruchnahme des Erholungsheims wieder erheblich geringer werden wird, zumal in nächster Nähe des Heims sich vorzügliche Gelegenheit zu allen Arten des Schneisports bietet.

— **Tanzabende.** Am Mittwochabend vereinigte ein vornehmer Tanzabend für moderne Tänze die Privatschüler des Tanzinstituts Julius Bier und Frau, Adelheidstraße 85, im großen Saal der „Lage Plato“ in der Friedrichstraße. Eine elegante Gesellschaft hatte sich zahlreich eingefunden. Unter anderen wurde der neueste Salontanz, „Mazur brekienne“, eine Schöpfung des Pariser Professors Duque, in der Weise vorgeführt, wie er seinerzeit auf dem Baden-Badener Internationalen Tanzturnier von dem be-

rühmten Tänzer Herrn A. L. Leonard (Berlin) getanzt wurde. — Die Reunion, welche die „Wiesbadener Tanzschule von Frau Sauer und Frau“ vorgestern im Festsaal der „Turngesellschaft“, Schwalbacher Straße 8, veranstaltete, war trotz der Kälte von Tanzgelegenheiten der letzten Zeit gut besucht. Die Veranstaltung hinterließ, obwohl was das allgemeine Arrangement als auch die anwesenden Damen selbst ihre Toiletten und die gebotene Tanzkunst anbelangt, die angenehmsten Eindrücke. In letzterer Beziehung waren es vornehmlich die neuesten Tänze, wie Tango, Ballo parisienne usw., die Herr Sauer mit verschiedenen Damen mit Sicherheit und Grazie vorführte.

— **Allgemeine photographische Ausstellung.** In einer vorbereitenden Sitzung ist die Veranstaltung einer Allgemeinen photographischen Ausstellung in Wiesbaden im September 1914 beschlossen worden. Der Arbeitsausschuß setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Dr. med. Stein, Direktor Kesseling, E. Moedel, Diplom-Ingenieur Warth (Wiesbaden), Dr. Behn (Mainz), Kunstmaler Hans Böcker, E. A. Steib, H. Reich, H. Grelbauer, Bernhard Hirscheim, A. Reinhard, R. Auf, B. Raupp, Professor Dr. Peters, Sekretär A. Zimmermann. Die Ausstellung ist sowohl für Liebhaber wie für Berufsphotographen gedacht und in derselben sollen die Bilder von Wiesbaden und aus dem Taunus zu einer besonderen Gruppe vereinigt werden.

— **Schwurgericht.** Als weitere Geschworene wurden an Stelle der dispensierten Geschworenen Chemiker Spring in Höchst a. M. und Buchhalter Jean Hirschmann in Elville neugewählt: Kaufmann Erich Stephan in Wiesbaden und Weingutsbesitzer Julius Espenschied in Rüdesheim a. Rh.

— **Personal-Nachrichten.** Der Regierungssassessor Dr. Kiehlhorn aus Wiesbaden ist der Königl. Regierung in Merxheim zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. — Gerichtsassessor Vollbach von Dillenburg ist an das Wiesbadener Landgericht als Hilfsrichter, Gerichtsassessor Kreis von hier dem Wiesbadener Amtsgericht als Hilfsrichter überwiesen worden. — Zu Oberlandesgerichtsräten sind ernannt: Die Landgerichts-Präsidenten in Frankfurt und Dr. Rittler aus Wiesbaden in Frankfurt. Verlegt Amtsrichter Licht in Kallau als Landrichter nach Wiesbaden. Staatsanwaltschaftsrat Lenz der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. ist an die Oberstaatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. versetzt worden.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Königliche Schauspiele.** Morgen gelangt im Hoftheater Karl Goldmarks Oper „Die Königin von Saba“ zur Ausführung. Fräulein Englert singt zum erstenmal die „Königin“, Herr Schaubert zum erstenmal den „Assaf“ (Abonnement D).

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Heute abend findet im Festsaal der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8, das 28. Stiftungsfest des „Kaufmännischen Vereins Wiesbaden e. V.“ in Form einer Abendunterhaltung mit Ball statt. Der unterhaltende Teil wird von Mitgliedern der hiesigen Hofbühne bestritten, und zwar von Frä. Maria Sommer, Herrn v. Schend und Herrn Hermann.

* In dem Konzert des „Wiesbadener Beamtenvereins“ heute Samstag wird an Stelle des verhinderten Herrn Scherer Herr Opernsänger Schaubert von hier die Gesangsrolle übernehmen.

* Der **Vahnerverein Wiesbaden e. V.** gegründet 1908, veranstaltet heute eine Geburtstagsfeier König Ludwig III. von Bayern in den Räumen des „Paulinen-Salons“ an der Sonnenberger Straße, bestehend in Konzert und Ball.

* Eine Konfirmationsfeier veranstaltet der „Christliche Verein junger Männer“, Dranienstraße 15, bei freiem Eintritt am Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 4½ Uhr, im großen Saal der „Wartburg“, Schwalbacher Straße 61. Ein reichhaltiges Programm liegt für die Feier vor: Ansprechen der Herren Walter Hofmann und Schüller, Vorträge der Ehre des Vereins Aufführungen der Turnabteilung, Vortrag eines größeren Dramas, Vorführung von 50 Bildern aus dem Vereinsleben.

Vereinsfeste. (Nachnahme frei bis zu 20 Zeilen.)

* Das **Kaufmännische Lehrlingsheim Wiesbaden** (Lehrlingsabteilung im D. S. V.) veranstaltete am Neujahrsabend nachmittags 4 Uhr, im Saal des „Turnvereins“, Hellmuthstraße 25, eine wohlbeleumete Weihnachtsfeier. Eröffnet wurde die Feier durch die Musikabteilung des D. S. V., worauf nach der Begrüßungssprache Hausvorsteher Schellin die Festrede hielt. Neben Musikdarbietungen wurde das Theaterstück „Weihnachtsbaum“ von dem hiesigen Chorführer Herrn Ad. Spich zur Aufführung gebracht, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Verlosung beendete die in allen Teilen harmonisch verlaufene Feier. — Am Samstag, den 10. Januar, wird Herr Spich in einem Unterhaltungsabend durch Vorträge und Gesangsbeiträge im Beifahrerheim („Hotel Vogel“ in der Rheinstrasse) mitwirken. Dazu sind alle Beifahrer eingeladen.

* Der **Wetterwaldklub** hielt am höchsten Sonntag seine diesjährige Weihnachtsfeier im großen Saal des Turnvereins, Hellmuthstraße 25 ab. Der trotz des schlechten Wetters zahlreiche Besuch dieses Festes zeigt, daß der Verein, der seit seiner Gründung aus allen Kreisen entgegengebracht wird. Die Vorträge der Teilnehmer für ihre Darbietungen allgemeinen, bestanden Beifall der Zuhörer. Nach der Verlosung fand ein Ball statt, der einen sehr hübschen Verlauf nahm. — Die Rockfeier findet nächsten Sonntag, den 11. d. M., in Jagd (Saal „Zur schönen Aussicht“) statt.

Nassauische Nachrichten.

Z. **Braunbach**, 9. Januar. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute vormittag auf der Hütte hiesiger. Ein in der Luft frei schwebender Materialwagen stürzte infolge Bruchs eines Seils ab und auf zwei Arbeiter aus Niederhain. Von diesen wurde J. Moskopp augenblicklich getötet. Der zweite Mann kam mit Verletzungen harmloser Natur, der Aufseher Kneuper mit dem bloßen Schrecken davon. Gerichtliche Untersuchung fand auf der Stelle statt.

S. **Bornheim**, 8. Januar. Am 4. d. M. wurden im Distrikt Ruderthal bei Daden 10 Wildschweine eingefressen, von denen angeblich 2 angebrochen wurden. 4 Stück entkamen über eine unbefestigte Schneise nach dem Rangenbacher Wald hin. Auch im „Nassauer“ bei Mörchen wurde ein Rudel von 6 bis 8 Stück beobachtet.

S. **Wersbäusen** (Wetterwald), 9. Januar. Bürgermeister Schreiber feiert am 10. d. M. sein 25jähriges Bürgermeistertag. Die hiesige Zeit ist er Arbeitsvorsteher und seit 1879 Vorstandsmitglied des Nassauer Verkehrsvereins.

Aus der Umgebung.

Die Entlassung des Bahngärtners Heinrich. — Mainz, 7. Januar. Die Königl. preuss. und Großh. Hess. Eisenbahndirektion hiesig schreibt uns im Hinblick auf die Entlassung des Bezirksvorstehenden Heinrich des Verbands deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter (Eis-

Verband) aus seiner Beschäftigung als Gärtner bei der Staats-Eisenbahnverwaltung: „Der Bahngärtner Heinrich hatte als Vorsitzender der Bezirksvereinigung Mainz des Verbands deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter (Eis. Ver.) in Mainz, nachdem er wiederholt zu sachlicherem Auftreten ermahnt war, in öffentlicher Versammlung der Staats-Eisenbahnverwaltung vorgeworfen, daß die Arbeiter mit dem Beschwerde-recht bittende Erfahrungen gemacht hätten, daß sie fürchten müßten, wegen ihrer Anträge in den Arbeiterschiedsgerichten gemahngelt zu werden, daß Lohnaufgaben gemacht und nicht eingehalten seien, daß die soziale Fürsorge der Verwaltung ungenügend sei usw. usw. Als hierauf verlangt werden mußte, daß er seine Anklagen beweise, hatte er ein Material so denkbar dürftiger Art vorgebracht, daß sich seine Behauptungen nach eingehender Untersuchung, an deren Schluss er selbst ausdrücklich anerkannte, daß er in keiner Weise in der Verteidigung beschränkt worden sei, fast ausnahmslos als trassige Überhebungen, Entstellungen und Unwahrheiten erwiesen haben. Statt von dem Recht der Entlassung Gebrauch zu machen, hat die Verwaltung in weitgehender Rücksicht ihm lediglich aufgelegt, der Arbeiterschaft dieses Ergebnis der Untersuchung ohne abschwächende und unwahre Zusätze und in angemessener einwandfreier Form bekanntzugeben. Heinrich hat darauf in einer Versammlung des Ortsvereins Mainz zwar die Schreiben der Direktion verlesen, hierbei aber unter offener Auflehnung gegen die Dienstbehörde und in der ausgesprochenen Absicht, es zur Entlassung zu treiben, die ihm als unzureichend nachgewiesenen Behauptungen in verschärfter Form beweislos wiederholt und gegen die Eisenbahnverwaltung erneute Angriffe und Schmähungen, wie den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit, der Parteilichkeit, der Kriechnebelung der Wahrheit usw., gerichtet, für die er gleichfalls den Beweis schuldig blieb. Erst hierauf hat die Direktion von dem vertragsmäßigen Recht, sein Dienstverhältnis mit 14tägiger Frist zu kündigen, Gebrauch gemacht und gleichzeitig im Interesse der Disziplin unter Vorauszahlung des ganzen Lohnes für die Dauer der Kündigungsfrist auf seine Tätigkeit verzichtet. Die Kündigung des Heinrich, der seine Angriffe gegen die Verwaltung nicht in dem sozialdemokratischen Mainzer Organ fortsetzt, richtet sich, wie auch unsere Arbeiter wissen, in keiner Weise gegen den bisher von ihm vertretenen Verein oder gegen das Recht der Arbeiter, in Vereinen und Versammlungen ihre Wünsche, die von der Eisenbahnbehörde, so weit sie berechtigt sind, nach Möglichkeit stets gern erfüllt werden, sachgemäß vorzubringen. Die Direktion glaubt vielmehr, nach dem die bis zur äußersten Grenze geübte Rücksicht völlig vergeblich gewesen, durch die Entfernung dieses unbefähigten Arbeiters aus dem Staats-Eisenbahndienst, in dem zur Wahrung der der Verwaltung anvertrauten, alle Staatsbürger gleichmäßig angehenden gewichtigen Interessen Ordnung und Dienstzuht unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müssen, lediglich ihre Pflicht erfüllt zu haben.“

Vereinigte Landwirte von Frankfurt und Umgegend.

ht. **Frankfurt a. M.**, 8. Januar. Unter außerordentlich harter Beteiligung aus Hessen und Nassau hielten die „Vereinigten Landwirte von Frankfurt und Umgegend“ heute eine Generalversammlung, in der zu der seit Wochen schwebenden Treberfrage Stellung genommen wurde. Infolge des trockenen Jahres 1911 hatten die vereinigten Brauereien die Treberpreise erhöht, diese aber nach den letzten Futtererträgen nicht wieder erniedrigt. Die Generalversammlung beschloß nach längerer Debatte, den Brauereien gegenüber bei dem Angebot von 1 M. 60 Pf. zu beharren und diesen Preis auf drei Jahre ohne jede Nebenbedingung vertraglich festzusetzen. Ein Ausschuß wurde beauftragt, auf dieser Grundlage mit den Brauereien zu verhandeln. Falls bis zum 13. Januar kein Abbruch zustande gekommen ist, werden die Verhandlungen abgebrochen, und der „Treberkrieg“ bricht los. An diese Tagung schloß sich die alljährliche Hauptversammlung der Vereinigung, der als Ehrengäste der Reichstagsabgeordnete Straß und der Provinzialvorsteher des Bundes der Landwirte Hagemann (Niederhain) bewohnten. Nach den üblichen Begrüßungen durch den Vorsitzenden Viehmann (Kumpfenheim) erstattete Direktor Hirschel den Geschäftsbericht. Dem Verband gehören 88 Ortsgruppen aus Kurhessen, Oberhessen, Starkenburg und Nassau an. Der Bericht gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß durch einzelne Produzenten infolge der letztjährigen Missernte die Reichstagspreis herabgesetzt sei. Empfohlen wurde eine vermehrte Fleischproduktion. Sodann wurde über ein neues Verfahren zur Herstellung von Kunstmilch berichtet. In Frankfurt-West stellten die „Sohannwerke“ seit längerem Versuche an, aus der Sojabohne und anderen Substanzen eine Kunstmilch zu bereiten, die 4 Prozent Fett enthalten und täglich in einer Menge von 50 000 Liter auf den Markt gebracht werden soll. Die Landwirte stehen der Konkurrenz sehr skeptisch gegenüber. An Stelle der freiwillig zurückgetretenen Vorstandsmitglieder Herber (Nieder-Erlenbach) und Erb (Möppenheim) wurde Hr. Christian (Unterliederbach) neu in den Vorstand gewählt. Ein ausführlicher Vortrag des Reichstagsabgeordneten Landgerichtsrats Straß (Wiesbaden) über den „Wehrbeitrag mit besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft“ beschloß die von etwa 600 Delegierten besuchte 10. Generalversammlung.

Eine eigenartige Testamentsbestimmung.

rnk. **Darmstadt**, 8. Januar. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung gab der Vorsitzende Oberbürgermeister Dr. Gläsel bekannt, daß die verstorbene Privatiers Witwe C. Schenker in ihrem Testament ihr Vermögen, das nicht unbedeutend ist, zu zwei Dritteln der Stadt Darmstadt und zu einem Drittel der Provinzialverwaltung in Friedberg hinterlassen hat. Der Stadt Darmstadt wird dabei die Verpflichtung auferlegt, den Zinsvertrag des ihr zustehenden Erbschlags in erster Linie dazu zu verwenden, jährlich den Beginn der Schule für den Winter arme, krankliche und schwächliche Kinder mit Schuhen zu beschenken, das erste Geld aber niemals zu Bauen oder Denkmälern zu verwenden.

Sport und Spiel.

* **Vollschlagskämpfe im Taunus.** Der Vollschlagsklub Taunus in Frankfurt veranstaltete Sonntag, den 11. Januar, auf der waldreichen Höhe am Feldberg ein Vollschlagsfest. Die Abfahrt der Teilnehmer nach Cronberg erfolgte vormittags 8.15 Uhr. Vom Feldberg aus kann direkt mit dem Start gestartet werden. Das Ziel liegt oberhalb Stodhorn. Die Doss, die am Dosskopf hängen liegen werden mit Pferd nach dem Feldberg gezogen. Für Zuschauer, die nicht auf den Feldberg gehen wollen ist die Wobahn am besten von der Seilbahn aus zu erreichen.

Die Deutsche Erfolge bei dem Lawn-Tennis-Match Berlin-Paris. Am Donnerstag nahm an den beiden Plätzen zu Autenil das Lawn-Tennis-Turnier zwischen dem Lawn-Tennis-Turnierklub Berlin und dem Tennisklub von Paris seinen Anfang. Von den 27 Wettkämpfen, die aus 18 Einzel- und 9 Doppelspielen bestanden, wurden einem Privattelegramm zufolge am ersten Tage 5 Einzelspiele und ein Doppelspiel

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobriefe. M. 2.— vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Reichspost. — Bezugs-Beziehungen nehmen an jedem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Reichspost 29, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Reichspost“- und „Reiner Anzeiger“-Anzeiger; 20 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Anzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchgehende, nach besonderer Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Annahme: für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 7 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt 1444 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichtetem Tag und Platz wird keine Gebühr erhoben.

Samstag, 10. Januar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 16. • 62. Jahrgang.

Der Druck der Militärpartei.

In wachsendem Maße hatte sich in Deutschland während der letzten Jahre die journalistische Sitten- und Gewissensbildung in der kritischen Beurteilung schwebender Prozesse möglichst große Zurückhaltung zu üben und sich die Woffierung der Gerichtsentscheidungen vorzubehalten bis nach dem Abschluß des Verfahrens. Man ging bei dieser Praxis von der Auffassung aus, daß auch der Ansehen vermieden werden müsse, als wolle man durch eine öffentliche Erörterung vor dem Abschluß des Prozesses eine Beeinflussung der Richter oder der Zeugen herbeiführen. Bewußt eine an sich löbliche Absicht, deren Innehaltung freilich namentlich bei wochenlang dauernden Prozessen recht schwierig war! Insbesondere war es immer die konservative Presse, die sich mit scheinheiliger Entrüstung dagegen wandte, wenn einmal bei spannenden und langdauernden Prozessen irgend eine oppositionelle Zeitung es riskierte, vor der Beendigung des Verfahrens eine kritische Meinung über den Gang der Verhandlungen zu äußern.

In unerhörter Weise ist jetzt bei den Zaberner Prozessen von Seiten der Presse der Militärpartei von jenem Grundsatz abgewichen worden. Man kann sagen: die Beeinflussung der Gerichtsbehörden ist ein großes Verbrechen worden, ein bewußter und gewalttätiger Druck wurde ausgeübt, um die ganze Stimmung nach einer bestimmten Tendenz hin zu lenken und eine völlig objektive Rechtsprechung zu erschweren. Während die liberale Presse sich größter Zurückhaltung in der Beurteilung der Ergebnisse des Fortner- und des Reuter-Prozesses befleißigte, so lange die Verhandlung noch schwebte, war die konservative Presse unentwegt am Werke, um ihr Urteil über die Lage des Prozesses, über die Zeugenaussagen usw. zu publizieren; und es geschah dies in einer Weise, daß die Gerichte erkennen mußten: wir ziehen uns den höchsten Jörn der Machtthat Preußens zu, wenn wir auf ein anderes Urteil als auf die Freisprechung loskommen!

Als trotz und allem das Straßburger Militärgericht in der Prozesssache des Leutnants v. Fortner mit vollem Zug und Recht auf eine Gefängnisstrafe von 13 Tagen erkannt hatte, da brach ein Sturm der Entrüstung im konservativen Blätterwald aus. Die angeblichen Schläger der staatlichen Autorität entblödeten sich nicht, die Autorität eines im Namen des Kaisers regierenden Gerichts herabzusetzen und es so darzustellen, als ob das Straßburger Militärgericht von allen guten Geistern der Juristerei verlassen gewesen sei und lediglich nach dem Diktat der „Demokratie“ gehandelt habe. Der Polizeipräsident v. Jagow tat ein übriges und defretierte frisch und frei, daß die Berufungsinstanz andere Wege einzuschlagen habe als der erste Gerichtshof. Zwar war es bisher in der preussischen Beamtenschaft geradezu unerhört, daß ein hoher Beamter die Entscheidungen anderer Behörden öffentlich kritisierte und ihnen vorrechnen wollte, was sie zu tun hätten; aber bei der bedauernden Schwäche unserer Regierung konnte sich ja Herr von Jagow ein derartiges Auftrumpfen gestatten; es ist ihm bisher nichts passiert — außer vielleicht einer Miße —, und man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß ihm auch in Zukunft nichts passieren wird.

Der Ansturm der Militärpartei gegen das Urteil im Prozess Fortner zielte aber wohl von vornherein höher hinauf. Man wußte in jenen Kreisen, daß es nicht so sehr auf die verhältnismäßig unbedeutende Dettweiler Affäre ankam, sondern auf den Prozess gegen den Obersten v. Reuter. Ergab hier die Verhandlung eine Verurteilung des Angeklagten wegen widerrechtlicher Annahme der Polizeigewalt, so bedeutete dies einen schweren Schlag für die Militärpartei. Im Kampfe zwischen bürgerlichen und soldatischen Gewalten, zwischen dem Verwaltungsstaat und dem Dreiviertelabsolutismus war dann eine wertvolle Stütze für die bürgerliche Auffassung errungen. Dies wußte mit allen Mitteln verhindert werden. Und der scharfe Vorstoß wegen des Fortner-Urteils diente unzweifelhaft in erster Linie dem Zweck, die Militärgerichtsbehörden müde zu machen und sie in die Stimmung zu versetzen, wo sie die ganzen Zaberner Vorgänge mit allem Beifall in ganz anderem Lichte betrachteten, als dies vielleicht bisher geschehen war.

Dieses Verfahren wurde in fast noch verstärktem Maße während des Prozesses Reuter fortgesetzt. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß ein Blatt wie die „Voss“, wie wir mitteilten, in kaum noch verblühter Weise den bürgerlichen Zeugen, namentlich den hochangesehenen Staatsanwälten und Landgerichtsräten, den Vorwurf des Meineides machte; auch die „Deutsche Tageszeitung“ bemühte sich in verschiedenen

langen Artikeln, die beeideten Zeugnisse der bürgerlichen Prozeßbeteiligten und der Männer der Zivilverwaltung herabzusetzen und zu verhöhnen; und am Freitagmorgen gab sie dem Militärgericht noch eine juristische Lektion mit auf den Weg, die darauf hinauskam, daß die ausgegrabene Kabinettsorder von 1820 zu Recht bestehe und daher zur Freisprechung führen müsse, auch von der Anklage der Freiheitsberaubung wegen der Einsperrung in den Bandurenkeller. Das agrarische Blatt übernahm also, nachdem der „Anlagevertreter“ und der Verteidiger gesprochen hatten, schriftlich das — dritte Plaidoyer zugunsten der Angeklagten! Wir hätten aber sehen wollen, wie das Blatt des Bundes der Landwirte geschämt hätte vor fittlicher Entrüstung, wenn etwa im Reuter-Prozess oder bei einer ähnlichen Affäre ein Blatt der Linken es gewagt hätte, der Autorität des Gerichtshofes dadurch zu nahe zu treten, daß es ihm juristische Belehrungen darüber zuteil werden ließ, auf Grund welcher Paragraphen er zu einer Freisprechung kommen müsse! Aber die Konservativen, die stets so empfindlich sind gegenüber einer Antastung der staatlichen Autorität, wenn diese ihnen günstig ist, sie genieren sich nicht im geringsten, die staatliche Autorität anzugreifen und unter unzulässigen Druck zu setzen, wenn dies wiederum ihren Interessen entspricht. Daß hiermit Hand in Hand geht eine Verunglimpfung der Zaberner Bevölkerung und eine ideologische Gerabefung der Zivilverwaltung, braucht als fast selbstverständlich gerade nur erwähnt zu werden.

Wenn nicht alles täuscht, werden die Zaberner Prozesse der Ausgangspunkt sein für tiefgreifende Kämpfe zwischen den Mächten des Militarismus und denen der bürgerlichen Rechts- und Staatsauffassung. Und wir begen die feste Zuversicht, daß die letzteren trotz und alledem siegen werden, weil ihr Sieg den Sieg der fortschreitenden Kultur bedeutet und das Gute schließlich noch immer triumphiert hat.

Die Rüstungslieferungen.

Nach der (bereits im heutigen Morgenblatt gemeldeten) Besichtigung der Anlagen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin-Moabit wurde am Nachmittag die Debatte über

die Gewehrbeschaffung und über die Vor- und Nachteile der Staatsbetriebe gegenüber der Privatindustrie fortgesetzt. Dabei wurde die Resolution in den Kreis der Erörterungen gezogen, in der der Reichstag bei Verabschiedung der Heeresvorlage die Erwartung ausgesprochen hat, daß die Beschaffungen des Kriegsmaterials tunlichst in reichseigenen technischen Instituten erfolge. Von der Kommission angeordneten Vertretern der Industrie wurde mit großer Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß die Resolution in den Kreisen der deutschen Industrie große Verunsicherung hervorgerufen habe, da sie nur so ausgelegt werden könne, daß abweichend von den bisherigen Verfahren die Privatindustrie nach und nach von den Lieferungen für Heer und Marine ausgeschlossen werden solle. Der gleiche Eindruck sei im Ausland hervorgerufen und habe dem Absatz deutscher Industrieerzeugnisse dorthin schweren Schaden zugefügt. Demgegenüber wurde von den amnestischen Mitgliedern des Reichstags übereinstimmend betont, daß die Resolution in diesem Sinne nicht aufgefacht werden könne. Wer die Verhandlungen ferne, aus denen diese Resolution hervorgegangen sei, könne nicht im Zweifel sein, daß der Verstaatlichung der gesamten Rüstungsindustrie damit keineswegs das Wort geredet werden solle, vielmehr sei nur dem Wunsch Ausdruck gegeben worden, daß der große Bedarf auf Grund der Heeresvorlage nach Möglichkeit in den eigenen Instituten des Reichs gedeckt werden solle, um die bestehenden Institute voll auszunutzen. An einer Erweiterung der Institute und einer Änderung des Systems habe schon wegen der nötigen Beschleunigung der Lieferungen nicht gedacht werden können. Nicht beabsichtigt wäre gewesen, durch diesen Beschluß die Privatindustrie in ihren berechtigten Interessen, insbesondere in ihrem Ansehen und ihren Ausdehnungsmöglichkeiten zu schädigen. Die Kommission trete also nicht in Widerspruch mit der Resolution, wenn sie ihre Aufgabe darin erblicke, nicht grundsätzlich eine Monopolisierung der Rüstungsindustrie vorzubereiten, sondern darin, die maßgebenden Gesichtspunkte für die Abgrenzung der Inanspruchnahme der Reichsinstitute und der Privatindustrie zu ermitteln. Einwandfrei wurde festgestellt, daß

der „Zigarro“-Brief über die Maschinengewehre der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken

niemals aus den Händen des Direktoriums herausgekommen, noch aus im „Zigarro“ oder einer anderen Zeitung veröffentlicht worden ist. — Die Verhandlungen wurden um 8 1/2 Uhr abends abgebrochen. Sie werden fortgesetzt, sobald die Referenten für die einzelnen Lieferungsgegenstände im Benehmen mit den zuständigen Referats der Entstellungen so weit gefördert haben, daß sie der Kommission Referate erstatten können.

Deutsches Reich.

Kof. und Personal-Nachrichten. Königin Ludwika von Bayern hat am Freitagvormittag in der Gruft der St. Michaelskirche zu München der Aussegnung der Donnerstag wegen Schwachheit des Tages umgeleiteten Überreste des Kurfürsten Maximilian I. beigewohnt.

Das Befinden des der Reichspartei angehörenden Reichstagsabgeordneten Witt, der an einem Nierenleiden erkrankt ist, hat sich der „Post“ zufolge gebessert. Auch die Selbstmordversuche sind völlig beseitigt.

An Stelle des am 1. Januar d. J. in den Ruhestand getretenen Senators Holthausen wurde Herr Friedrich Karl Paul Sasse zum Senator von Hamburg gewählt. Herr Sasse ist Kaufmann.

Die Reichstagswahl in Oepeln. Das vorläufige amtliche Ergebnis bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Oepeln 9 ist folgendes: Es erhielten von insgesamt 7955 abgegebenen Stimmen Herr Rathen-Branitz (Zentr.) 7591, Landrat Hoyer-Neubühl (Reichsp.) 180, Verbandssekretär Dr. Kleider-Berlin (Parteilosung unbekannt) 46, Gewerkschaftssekretär Trappe-Beuthen (Soz.) 33, der Bauerngenossenschaft Stassig-Böhmig (Zentr.) 27 Stimmen. Zerplittert waren 78 Stimmen. Rathen (Zentr.) ist somit gewählt. Bei der letzten Hauptwahl wurden 10 094 Stimmen abgegeben; davon erhielt der Zentrumskandidat 8863, der Sozialdemokrat 893, der Konservative 242, der Reformpartei 202 und der Volkspartei 49 Stimmen.)

v. Bahr über die Heeresvorlagenabstimmung. Auf der am Mittwoch in Stuttgart abgehaltenen Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei äußerte sich der Präsident der Abgeordnetenversammlung Reichstagsabgeordneter v. Bahr über den Reichstag. Er nahm dabei auch Bezug auf die damaligen folgenreichen Entschlüsse über die Wehrvorlage und die Stellungnahme seiner Parteigenossen dazu, indem er sagte: „Es ging damals eine so entschlossene Stimmung durch das ganze Reich, daß, wenn man eine Volksabstimmung veranstaltet hätte, die Wehrvorlage mit der größten Mehrheit angenommen worden wäre, und die Sozialdemokratie weit nicht die Stimmengahl aufgebracht hätte wie bei den vorausgegangenen Wahlen. Auch wir waren uns bewußt, daß wir mit unserer Abstimmung durchaus im Sinn unserer Parteigenossen gehandelt haben.“

Prinz August Wilhelm an seinen juristischen Lehrer. Prinz August Wilhelm sandte gestern an Geheimrat Professor Dr. Ernst Stampe in Greifswald eine längere Glückwunschkarte zum 25jährigen Professorenjubiläum des Gelehrten. Geheimrat Stampe leitete seinerzeit die juristische Ausbildung des Prinzen.

Nach mehr Orden? Zwar hat schon das Jubiläumsjahr 1913 einer reichen Ordensfülle auf Stadt und Land ausgetreut. Es werden im Jahre 1914 vermutlich aber noch mehr Orden verliehen werden. Nur so kann man es sich wenigstens erklären, daß im Etat der General-Ordenskommission für das Etatsjahr 1914 150 000 M. mehr für die Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien als im Vorjahr angelegt worden sind. Der Etat von 1913 sah für diesen Zweck 300 000 M. vor. Jetzt sind 450 000 M. vorgegeben. Das ist eine Steigerung um 50 Prozent.

Der Entwurf eines Ausgrabungsgesetzes, der im Frühjahr 1913 nicht erledigt worden ist, ist dem Herrenhaus wieder zugegangen. In der Begründung wird ausgeführt, daß sich die Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung in den letzten Monaten weiter verstärkt hat, zumal nach dem Bekanntwerden des alten Entwurfs das auf Gewinnsucht beruhende Zerstörungswerk, namentlich in der Rheinprovinz, mit erhöhtem Nachdruck fortgesetzt worden ist.

Die Novelle zum Patengesetz wird dem Bundesrat in nächster Zeit zugehen, nachdem eine Einigung über die Hauptpunkte des Entwurfs unter den am meisten interessierten Bundesstaaten kürzlich herbeigeführt worden ist.

Das Gebäude der Angestelltenversicherung, das auf dem Babelsberger Platz in Wilmersdorf errichtet werden soll, wird die Summe von 6 Millionen Mark kosten. Unter den deutschen Architekten ist zur Erlangung von Bauplänen ein Wettbewerb ausgeschrieben. Der erste Preis beträgt 15 000 M.

Witt bleibt „Seidenger“. Gestern wurde abends der Sozialdemokrat Witt in München zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeinderatskollegiums mit 39 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen gewählt. Witt hat auch nach der Neuwahl wieder erklärt, daß er die mit dem Amt verbundenen Repräsentationspflichten wie bisher erfüllen werde. Die Übernahme dieser Verpflichtungen ist auf einen Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion und des Gesamtschiffes des sozialdemokratischen Vereins für München und Umgebung zurückzuführen.

Auch eine Jugendzeitschrift des Zentrums. Dem Beispiel der Sozialdemokratie folgt jetzt das Zentrum mit der Herausgabe einer Zeitschrift für die Jugend. Diese Schrift führt den Titel „Jung-Zentrum“ und wird vom Windthorst-Bund in Köln redigiert.

Parlamentarisches.

L. C. Die fortschrittlichen Anträge im Abgeordnetenhaus. Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei des preussischen Abgeordnetenhauses hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, 13 Anträge einzubringen. Der wichtigste davon ist der erneut eingebrachte Wahlrechtsantrag, der die deutschen Wähler laut im vorigen Jahr hat. Er lautet: 1. Prinzipalantrag. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die kaiserliche Staatsregierung zu ersuchen, nach in dieser

Sessio einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den 1. unter Abänderung der Artikel 70, 71, 72 und 115 der preussischen Verfassungsurkunde für die Wahl zum Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe zur Einführung gelangt; 2. zugleich auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung und entsprechend den Grundsätzen des Gesetzes vom 27. Juni 1890 eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus herbeigeführt und die Gesamtzahl der Abgeordneten neu bestimmt wird. 2. Eventualantrag: Für den Fall der Ablehnung des Prinzipalantrages: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, unter Abänderung der Artikel 70, 71, 72 und 115 der preussischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe zur Einführung zu bringen. — Ein weiterer Antrag geht dahin, die Regierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den bestimmt wird, daß die Kinder der Dissidenten und die Kinder der Religionsgemeinschaften, für die in der Ortschule kein entsprechender Religionsunterricht erteilt wird, gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen werden dürfen. — Fernerhin wird die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den in ganz Preußen den wirtschaftlich selbständigen Frauen das aktive Kommunalwahlrecht verliehen werden soll. — Ein weiterer Antrag fordert die Regierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den den Gemeinde- und Kirchendiakonen und den Lehrern das passive Wahlrecht zu den Kommunalwahlen verliehen wird. — Die anderen Anträge, die in derselben oder ähnlicher Fassung bereits in der vorigen Session vorgelegt haben, beziehen sich auf die Regelung des Arbeiter- und Beamtenrechts, auf die Regelung der Bezüge der Pensionsinhaber, auf die Erweiterung des Wahlrechts zu den Kreis- und Provinziallandtagen, auf die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, auf die Beseitigung des Paragraphen der Geschäftsordnung, durch den ein Abgeordneter von der Sitzung ausgeschlossen werden kann, und auf die Zulassung von Lehrern zu akademischen Studien.

Eine Abänderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wird von den Konservativen gefordert. Die Geschäftsordnungscommission hat in der vorigen Legislaturperiode Vorschläge für eine Reform der Geschäftsordnung in einem Kommissionsbericht niedergelegt, der aber nicht mehr erledigt worden ist. Nunmehr haben die Konservativen den Antrag eingebracht, diese Kommissionsvorschläge zum Beschluß zu erheben.

Die Zentrumsmehrheit bei der ersten Etatslesung. Zur ersten Lesung des Etats im preussischen Abgeordnetenhaus wird vom Zentrum der Abgeordnete Herold sprechen; erforderlichensfalls wird als zweiter Redner des Zentrums der Abgeordnete Schmedding das Wort ergreifen. Der bisherige Präsidiumsmitglied des Zentrums des Abgeordnetenhauses wurde wiedergewählt.

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Prinz Karl von Rumänien, Major Robert, Oberleutnant in der rumänischen Armee, stieg von Er. Königl. Hoheit des Prinzen Ferdinand von Rumänien, 1. a. des 1. Garde Regts. zu Fuß gestellt und vom Tage seines Eintreffens in Potsdam ab bis auf weiteres zur Dienstleistung bei diesem Regiment ausgeschieden, in welchem Verhältnis der Prinz zu der Uniform des Regiments die Dienstvorschriften eines Oberleutnants anlegt.

Schiffbewegungen. Eintreffend: S. M. S. „Reisig“ am 7. Januar in Delft (Lima). S. M. S. „Muskatboot“ „Thalau“ am 9. Januar in Macao. S. M. S. „Sassa“ am 9. Januar in Sassa.

Deutsche Schutzgebiete.

Einberufung des Landwirtschaftsrates für Südwest. Windhuk, 9. Januar. Der Landwirtschaftsrat ist zum ersten Male für den 3. März nach Windhuk einberufen.

Der Flächeninhalt Kameruns. Nach den neuesten amtlichen Messungen beträgt der Flächeninhalt Kameruns 700 000 Quadratkilometer. (Der des Deutschen Reiches beträgt, voran zum Vergleich erinnert sei, 540 827 Quadratkilometer.)

Feuilleton.

Komert.

Das gestrige 7. Jykluskonzert im Kurhanje wurde unter Leitung des städtischen Musikdirektors Herrn Karl Schürich eröffnet mit der Ouvertüre zu „Muhlan und Lubmilla“ von M. Gluka. Eine prächtige Orchesterkomposition, die kaum vermuten läßt, daß der Autor sie bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten geschrieben. Michael Gluka, der Schöpfer der russisch-nationalen Kunstmusik, starb bereits in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. 1812 ward seine Oper „Muhlan und Lubmilla“ in Petersburg aufgeführt, und sie ist wohl kaum über Petersburg hinausgekommen. Der Text folgt der gleichnamigen phantastischen Dichtung Alex. Puschkins. Die Ouvertüre, die wir gestern zu hören bekamen, läßt erkennen, wie stark Gluka trotz des ausgesprochen russischen Einflusses seiner Musik von deutscher klassischer Kunst beeinflusst war. Denn mit dem nationalen Koloss — besonders auch durch das rhythmische Element — geprägt — verbinden sich hier straffe Formung, originelle fließende Melodik, meisterliche Arbeit und, bei allem erheblichen Ernst, eine klare, durchsichtige Instrumentation. Die Ouvertüre war von Herrn Schürich mit seinem Verständnis für alle Vorzüge und Besonderheiten der Partitur einstudiert; der stolze, siegesbewusste Charakter der Komposition gewann in der Wiedergabe durch das Kurorchester reichhaltige Gestaltung.

Als Solist war Herr Bronislaw Huberman erschienen. Mendelssohns Violinkonzert, dies schier unergreifliche Wunderwerk an Grazie, Reinheit, Phantasie und Wissen, spielte er mit entzückender Virtuosität. Sein edler transparenter Ton ist von matterer Reinheit, voll feinstlicher Wärme und Schönheit; noch schöner dünkt er heute als vor etwa fünf Jahren, wo der Künstler hier zum erstenmal auftrat; vielleicht ist auch das Instrument heute ein noch schöneres als damals: Herr Huberman steht ja in dem Aufgang gegenwärtig den teuersten „Stradivarius“ zu besitzen! Wie es auch sei: es schien eine Zauberorgel, die er fingen und klingen ließ! Das „Allegro“ des Konzerts spielte er mit einer gewissen geistreichen Brillanz der Technik; wie aus goldenen

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der erste sozialdemokratische Bürgermeister. Graz, 9. Januar. Hier wurde der Reichsratsabgeordnete Redakteur Aufschütz zum Bürgermeister gewählt. Damit ist zum ersten Male ein sozialdemokratischer Bürgermeister gewählt worden.

Ein Absinken des Seherkreises. Prag, 9. Januar. Heute sind zum ersten Male seit etwa vier Wochen die deutschen hiesigen Abendblätter trotz des Seherkreises wieder annähernd im üblichen Umfange erschienen. Die Morgenblätter sind immer ziemlich normal erschienen.

Belgien.

Ein Chauffeurstreik in Brüssel. Brüssel, 10. Januar. 400 Chauffeurs sind gestern in den Ausstand getreten. Die Brüsseler Automobilgesellschaften haben bisher den Chauffeurs für den Benzinverbrauch pro Liter 18 Centimes berechnet, ihnen aber auch besondere Unkosten, wie die Abnutzung des Pneumatics und des Motors auferlegt. Gegen diese Maßregel wollen die Chauffeurs nun protestieren. Sie haben sich um einen Schiedsspruch an den Bürgermeister gewandt.

England.

Reisen des deutschen Botschafters im Lande. Fürst Bismarck, der deutsche Botschafter in London, wird in der nächsten Woche nach dem Norden Englands reisen und am Dienstagabend einem Bankett in Newcastle on Tyne vorsitzen, das zugunsten des deutschen Seemanns- und Matrosenheims gegeben wird. Am Mittwoch ist der Botschafter Gast des Lordmayors von Newcastle, und am Freitag Gast der Handelskammer von Bradford.

Dänemark.

Keine Hängerei der Sozialdemokraten. Kopenhagen, 9. Januar. Der König hatte an sämtliche Mitglieder des Reichstags Einladungen zur Hofstafel mit nachfolgendem Konzert zu Montagabend ergangen lassen. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Zweiten Kammer haben nun in einem außerordentlich höflich gehaltenem Schreiben mitgeteilt, daß sie für die Einladung bestens danken, aber an dem Feste nicht teilnehmen, da ein prinzipieller Parteibeschluß sie daran hindere.

Rumänien.

Zur Erkrankung des Königs. Budapest, 9. Januar. Einer Meldung des „Pesti Hirlap“ aus Bukarest zufolge ist König Carol von Rumänien plötzlich schwer erkrankt. Die Leibärzte des Königs haben sich beratschelt gesehen, zwei weitere Professoren hinzuzuziehen, und das Arztkonsilium hat nach einem heute morgen veröffentlichten Bulletin eine hochgradige Lungenerkrankung konstatiert. Die Lösung der Ministerkrise wird infolge der Erkrankung des Königs hinausgeschoben werden müssen.

Albanien.

Zum türkischen Botschafter. Konstantinopel, 9. Januar. Wegen der Zeitungsmedien über Isai-Bascha unternahm der österreichisch-ungarische Botschafter Markgraf Pallavicini gestern einen Schritt beim Großwesir, um diesbezüglich Aufklärungen zu verlangen. Der Großwesir erklärte, daß die Worte der ganzen Sache fern sei und alles ausbleibe, um nicht gegen die Wünsche der Mächte bezüglich Albaniens zu verstoßen. Isai-Bascha besuchte heute vormittag Pallavicini. — Die Blätter „Tanin“, „Tabir-i-Offiar“ und „Sabah“ wurden suspendiert, weil sie die Verletzung der Unterfertigung im Kriegsministerium anführten.

Die Häfen für griechische Schiffe verboten. Wien, 9. Januar. Die „Albanische Korrespondenz“ berichtet aus Valona: Das Regierungsorgan veröffentlichte folgende Bekanntmachung: „Es ist internationaler Brauch, daß im Falle feindlicher Beziehungen zwischen zwei Regierungen der Verkehr von Schiffen mit feindlicher Flagge in den Häfen des anderen Landes nicht zugelassen wird. Die provisorische Regierung hat daher in entsprechender Form eine Bekanntmachung erlassen, laut welcher Schiffe aller

Sonnenfäden spannen und wo er das „Antante“ und das „Finale“ glitzerte und funkelte wie in tausend bunten Fetzen. Eine unerhörte Bravour entfaltete Herr Huberman hernach in Paganinis „La clochette“ (als von Liszt bearbeitetes Klavierstück unter dem Titel „La campanella“ wohlbekannt); alle virtuosischen Künste, waghalsige Virtuositäten und Staffage-Passagen, haarsträubend schwierige Flagenlets, Stufen und Doppelgriffe aller Art — wirbelten hier wie ein staunenswerter Feuerwerk empor. Doch in ihrer Art noch staunenswerter erschien bei solchem Gegenmeister von Virtuosen die schlichte Einfachheit und Innigkeit, welche im Vortrag des vorangegangenen Mozartschen „Adagio“ waltete. So wurde der Künstler nach jeder Richtung hin vom Publikum hochgefeiert.

Den Schluß des Konzertabends machte die S-Moll-Sinfonie (Bäthétique) von P. Tschaikowsky. Diesem Werke widmeten Dirigent und Orchester die liebevollste Hingabe. Gleich die tief-ernste, wie von bangen Ahnungen erfüllte „Introduction“ war ungemein himmelsvoll abgetönt. In leidenschaftlichem Ingeheim lobte das „Allegro“ auf: sonders schön war hier das breite Gesangslied herausgearbeitet, das namentlich bei der Wiederholung, wo es in voller instrumentaler Pracht erscheint, wie mit verzehrendem Strahlen ausstrahlte. Das zweite Allegro (im aufsteigenden Fünftel-Takt) mit dem auf unentwegt festgehaltenen Fundamentaltönen aufgebauten so „expansiven“ Zwischenstück — verfehlte nicht seine eigenartige Spannung. Im dritten, so lebendig brüllenden Allegro mit dem abschließenden Triumphmarsch entwidelte das Orchester unter Herrn Schürichs feuriger Leitung eine so eckige rhythmische Geschlossenheit und so fortwährende Schwung, daß der spontan ausbrechende Beifall des Publikums nur begreifbar war. Der letzte Satz, das „Adagio“, gab dann dem Dirigenten nochmals so recht Gelegenheit, seine mitfühlende Innigkeit, dies Mitleben der interpretierten Musik, zu offenbaren. Man kennt den poetischen Stimmungsgehalt dieses Finales: dem trübsinnigen Weis, der in den ersten Sätzen der Sinfonie in lebender Begier nach Leben und Lebensgenuss sich hingibt gegen das Schicksal aufzubauen schreit, wird hier im Schlußsatz gleichsam von einer höheren Macht Halt geboten: in den ersten, umflorten Klängen raucht es wie vom Schall

Art, die die griechische Flagge führen, das Anlaufen der albanischen Häfen verboten wird. Diejenigen, die diesem Gebot zuwiderhandeln oder die Beihilfe zum Auslaufen solcher Schiffe leisten, verfallen einer entsprechenden Strafe.“

Der Prinz von Wied hält seine Kandidatur aufrecht. Wien, 9. Januar. Wie die „Reichspost“ aus Berlin erfährt, ist der Prinz von Wied entschlossen, den ihm von der bereits eingetroffenen albanischen Deputation angebotenen Fürstenthron sofort anzunehmen. Es sei allerdings noch eine Reihe von Fragen formeller Natur zu lösen, doch würden sie in zweite Reihe gestellt, damit die Fürstenthronfrage endgültig erledigt werde. Der Handelsreisende Iszet-Pascha habe die Notwendigkeit eines raschen Handelns mit zwingender Deutlichkeit erwiesen. Auch der Tag der Ankunft des Fürsten, seiner Gemahlin und seines Sohnes in Durazzo, der provisorischen Hauptstadt Albaniens, sei bereits festgestellt. Der Prinz werde, über Wien und Rom reisend, am 20. Januar in Durazzo eintreffen und dort seinen Einzug halten.

Nordafrika.

Lebt Menelik, lebt er nicht? Der „Tägl. Rundsch.“ wird aus Rom gemeldet, daß der ungarische Forscher Edmund Koracz, der beabsichtigt, eine wissenschaftliche Expedition nach Ostindien zu unternehmen, von einem reichen italienischen Kaufmann in Addis Abeba namens Sciantha, der Beziehungen zu dem abessinischen Hof unterhält, folgende Drahtung erhalten hat: „An allen über den Tod Kaiser Meneliks verbreiteten Gerüchten ist kein Wort wahr. Kaiser Menelik lebt noch immer.“ — Natürlich muß erst noch eine Verifizierung dieser Nachricht abgewartet werden.

Südafrika.

Plötzliches Anschwellen des Eisenbahner-Streiks. Johannesburg, 9. Januar. Der Ausstand der Eisenbahner hat plötzlich an Ausdehnung zugenommen, der Lokalverkehr hat vollständig aufgehört. Wenn die Kohlenzufuhr nicht binnen drei Tagen wieder aufgenommen wird, ist die Stilllegung der Goldminen unvermeidlich, was eine allgemeine Entlassung der Minenarbeiter bedingen würde. Die Lage ist sehr ernst, da bei längerem Stillstand der Minen 160 000 eingeborene Arbeiter fortgeschickt werden müßten. (Vergl. letzte Drahtber.)

Attentat auf einen Expreßzug. Johannesburg, 10. Januar. Gestern hier fällig gewesene Kapstadt-Johannesburg-Expreß ist bei Denver das Opfer eines Dynamitattentats geworden. Eine der beiden Lokomotiven des Zuges wurde stark beschädigt. Gelder wurde niemand, jedoch erlitt eine größere Anzahl von Reisenden Verletzungen. Auch einige Beamte wurden verletzt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Aus dem Stadtparlament.

Die Verichtigung, die unsere kürzlich an dieser Stelle veröffentlichte Berechnung des mutmaßlichen Betriebsergebnisses des Kaiser-Friedrich-Bads in der gestrigen Stadtkorrespondenz gefunden hat, freut uns aufrichtig. Wir sind überzeugt, daß auch die Bürgererschaft gern von den von Herrn Sanitätsrat Dr. Friedländer mitgeteilten und offenbar einwandfreien Zahlen Kenntnis nimmt, nach denen sich die in dem neuen städtischen Badehaus festgelegte Summe von etwa 8 1/2 Millionen Mark (einschließlich des Bauplatzes!) zwar immer erst mit knapp 2 Prozent verzinst, die aber doch ein wesentlich günstigeres Resultat darstellen, als das war, das wir nach den Zahlen herausbrachten, die uns zur Verfügung gestanden haben. Ein gutes Geschäft ist das Kaiser-Friedrich-Bad trotzdem nicht, und es wird immer unter der Rubrik „Geschäftsspeisen“ geführt werden müssen. So erfreulich es auch ist, daß der vorgelegene Fußsack — immer noch: voraussichtlich! — nicht auf den doppelten Betrag erhöht werden muß, so unerfreulich ist es auf der anderen Seite

des Todes, weht es wie von Schauern der Vergänglichkeit: all das ungemessene Verlangen sinkt hinab „in die große Nacht“, und kampfesmäde läßt die Seele ihre Schwingen; dumpfe Trauerklänge bringen das padende Seelengemälde zum Abschluß. . . . Das Werk hinterließ in solch harter geistiger Durchdringung — und bei so exakter technischer Wiedergabe seitens des Orchesters — tiefen und nachhaltigen Eindruck: der Kurkapelle und vor allem dem Dirigenten, Herrn Karl Schürich, wurde reichlicher Dank seitens der städtischen Zuhörerschaft.

O. D.

Rus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Der einer altbessischen Beamtenfamilie entstammende Piarer Gustav Bait im Pfarrbüchsen Wehlein bei Gungelshausen bezieht heute seinen 90. Geburtstag in verhältnismäßig großer geistiger und körperlicher Mäßigkeit. Piarer Bait wurde 1824 in Grünberg (Oberhessen) als Sohn eines Landrats geboren und wirkte bis 1877 in Alfo bei Kida als Geistlicher, um dann nach Westheim überzusiedeln, wo er bis zur letzten Zeit amtierte. Unter dem Pseudonym Friedrich Traugott hat Bait zahlreiche geistvolle Volksverehrungen aus der altbessischen Zeit veröffentlicht, daneben entfaltete er auch eine reiche Tätigkeit in dem Genossenschaftswesen Bessens.

Dem Dichter Friedrich Wilhelm Weber, dem berühmten Verfasser des populär gewordenen „Dreizehnlinden“, welcher von 1858 bis 1878 in Bad Lipp springe als Badearzt gewirkt hat, soll dort aus Anlaß seines 100jährigen Geburtstages eine besondere Ehrung zuteil werden. Es wird beabsichtigt, in den Kuranlagen des Armeebades einen Rosenhain mit einem Gedenkstein in der Mitte zu Ehren des volkstümlichen Arztes und Schriftstellers zu errichten.

Bildende Kunst und Musik. In Kailand ging im Stala-Theater die Eröffnungsführung von „Parsifal“ bei ausverkauftem Hause von statten. Sie hatte bekanntlich am 31. Dezember stattgefunden, war aber wegen Unpäßlichkeit eines Sängers auf den 9. d. M. verschoben worden. Der Erfolg war ungeheuer. Die Kritiker sind sich sämtlich einig darin, daß die Aufführung des großen Namens Wagner durchaus würdig gewesen ist.

doch, daß er überschritten wird. Herr Sanitätsrat Friedländer scheint anzunehmen, daß statt der vorgesehenen 80 000 M. im ersten Betriebsjahr ein Zuschuß von etwa 80 000 M. notwendig wird. Offenbar bleibt's dabei, und hoffentlich gestaltet sich das Betriebsergebnis des recht kostspieligen Kurfaktors (recht kostspielig, obwohl die Anleihe von 2,8 Millionen nicht verbraucht worden ist) in den künftigen Jahren wenigstens nicht ungünstiger!

Wir erinnern uns auch, daß seinerzeit im Stadtparlament die Ansicht vertreten wurde — namentlich von Herrn Dr. Rasseneg —, daß es richtiger wäre, das neue Badehaus der Stadt lediglich für Thermalbäder einzurichten. Es wurde gesagt, daß die Einrichtung von medizinischen Bädern die Anlagekosten ganz erheblich vergrößerten, ohne das Betriebsergebnis wesentlich zu verbessern. Herr Hartmann wies gestern auf diese Tatsache hin; er durfte mit Recht sagen, daß die vor Jahren vertretene Anschauung, die namentlich von den Ärzten lebhaft bekämpft worden war, durch die Erfahrung des ersten Betriebsjahres bestätigt worden sei. Allerdings haben nach Herrn Sanitätsrat Friedländer die rein medizinischen Bäder in den ersten acht Monaten des Bestehens des Badehauses 40 000 M. eingebracht. Dieser Betrag dürfte aber die für die medizinische Abteilung aufzuwendenden Baukosten nicht einmal mit 1 Prozent verginsen. Wir nehmen sogar an, daß der Zuschuß, den das Badehaus erfordert, überhaupt nur durch die rein medizinischen Bäder hervorgerufen wird, deren Anlage das Bauprojekt ungemein verteuerte. Natürlich hat es keinen praktischen Wert, sich über Dinge zu unterhalten, die sich nicht mehr ändern lassen, aber aus Erfahrungen wie dieser kann man für die Zukunft lernen.

Der Baukreuzverein hat im Stadtparlament schon einmal Unglück gehabt. Gestern wurde sein Gesuch ebenfalls zurückgewiesen. Wir schämen ebenso wie die Stadtverordneten und der Magistrat die Wohlfahrtsbestrebungen des Vereins, aber die Ablehnung seines Dispendgesuches war eine Selbstverständlichkeit. Die Stadtverordneten-Versammlung, gegen deren ausdrückliche Kundgegebenen Willen das Gebäude an der Dohheimer Straße errichtet worden ist, konnte gar nicht anders, als das Gesuch um Gestattung der Einrichtung einer Wohnung und verschiedener Schlafräume in diesem Gebäude abzulehnen. Das hat sie ziemlich einmütig getan, und damit hat sie zweifellos ganz im Sinne der Bürgererschaft gehandelt. Herr Bürgermeister Travers erklärte, wieso der Magistrat dazu gekommen ist, die Genehmigung des Dispendgesuches zu beantragen: „Der Magistrat hat seinerzeit, einem dringlichen Wunsch der Stadtverordneten-Versammlung folgend, Protest gegen die Errichtung der Anlage des Baukreuzvereins erhoben, und zwar wegen der beachtlichen Einrichtung von Schweinefäßen. Der Magistrat ist der Ansicht, daß das äußere Ansehen des Gebäudes durch die nachträgliche Einrichtung von Wohn- und Schlafräumen keine Veränderung erleidet. Da der Baukreuzverein Wohlfahrtsbestrebungen kultiviert, glaubte der Magistrat, seinen Wünschen entgegenkommen zu können, ohne das Allgemeineinteresse zu gefährden.“ Das ließ sich natürlich hören, konnte aber unmöglich die Stadtverordneten veranlassen, ihre Stellungnahme zu dem Unternehmen des Vereins zu ändern, die in dem Referat des Herrn Schildner klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist. Herr Demmer fand mit seiner Äußerung: „Wenn ein Privatmann ohne polizeiliche Genehmigung gebaut haben würde, dann hätte er die ganze Geschichte wieder abreißen müssen“, lebhaften Beifall. Wie Herr Schildner, so betonte auch Herr Justitz v. G., daß der Bauauschuss ebenfalls die großen Verdienste des Baukreuzvereins nicht verkannt habe, aber das allgemeine Interesse der Bürgererschaft gehe über das des Vereins. Der Verein darf sich nicht beklagen; er hat jetzt lediglich die Folgen eines übereilten Schrittes und der Hartnäckigkeit zu tragen, mit der er trotz des berechtigten Widerspruchs eines großen Teils der Bürgererschaft und ihrer Vertreter auf der Ausföhrung der Absicht bestand, sich an der Dohheimer Straße in einer Weise anzusiedeln, die, abgesehen von anderem, geeignet ist, die Entwicklung der Stadt an dieser wichtigen Stelle ganz empfindlich zu beeinträchtigen.

— **Kaisers Geburtstag.** Zur Feier des 55. Geburtstags des Kaisers wird am 27. Januar im Kurhaus das übliche Festmahl um 2 Uhr nachmittags veranstaltet werden.

— **Todesfall.** Generaloberarzt a. D. Dr. Friedrich Claus, Veteran aus den Feldzügen 1864, 1866 und 1870/71, Ritter des Eisernen Kreuzes p. v., ist im 74. Lebensjahre in Koblenz gestorben. Der Dahingesehene hat lange Jahre in Wiesbaden gewohnt und war vor kurzem wegen Krankheit zu einer in Koblenz wohnenden Tochter verzogen.

— **Allgemeine Ortskrankenkasse Wiesbaden.** Die Geschäftsführung der „Allgemeinen Ortskrankenkasse Wiesbaden“ schreibt und: „Auf die in Ihrem Abendblatt vom gestrigen gebrauchte Notiz gestatten wir uns folgendes zu bemerken: Es entspricht nicht der Tatsache, daß zurzeit die An- und Abmeldungen nur an einem Schalter abgefragt werden, sondern gerade das Gegenteil ist der Fall; die Abfertigung erfolgt an Schalter 1 sowohl als auch an Schalter 2 und Auskunft wird, so weit als möglich, an sämtlichen Verkehrsschaltern erteilt. Weitere Schalter zu diesem Zweck noch zu öffnen, wäre nur eine Erleichterung für die Verwaltung sowohl als auch für das Publikum selbst. Ferner machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die Meldefrist bis zum 20. d. M. erweitert ist, wodurch dem Publikum Gelegenheit geboten wird, sich bei Ausübung seiner Meldepflicht etwas mehr zu verteuern; wir empfehlen nochmals, die Abgabe der Meldezettel möglichst in die Frühstunden von 8 bis 10 Uhr zu verlegen, in welcher Zeit der Verkehr an beiden Schaltern weniger stark ist.“ — Unsere gestrige Bemerkung stütze sich auf die Tatsache, daß Schalter 1 am Donnerstag und Freitag, gerade in der Zeit von 8 bis 9 Uhr vormittags, von Anmeldeenden, die zum Teil wegen des langen Wartens sehr unwillig sich zeigten, stark belagert war, während am Schalter 2 eine auffällige Ruhe herrschte. Unter diesen Umständen wäre es jedenfalls angebracht gewesen, das zahlreiche Publikum auf Meldung am Schalter 2 oder sonstwo ausdrücklich aufmerksam zu machen. Wenn das jetzt geschieht und der Verkehr dadurch in der gewünschten Weise gefördert werden sollte, dann wäre der Zweck der ersten Notiz ja erreicht.

— **Kriegerverband des Regierungsbezirks Wiesbaden.** In der Vorstandssitzung am 7. Januar unter dem Vorsitz des Obersten a. D. v. Dettin wurde Kenntnis von dem Ableben des Einzelanliebers des Verbands Generalmajors z. D. v. Freyhold gegeben. Für die anlässlich seines 75. Geburtstags übermittelten Glückwünsche hat General v. Lindemann dem Bezirksverband seinen Dank ausgesprochen. Aufnahmeanträge liegen vor von den Vereinen Reichenbach, Kreis Ningen, und St. Goarshausen. Die Kreisverbände haben

zum 1. Februar d. J. die Inhaber des Eisernen Kreuzes sowie des Militär-Ehrenzeichens der General-Ordenskommission direkt namhaft zu machen. Im 8. Vierteljahr 1913 sind an Unterstützungen 2721 M. und an Notstandsbeihilfen 650 M., zusammen 3371 M., gezahlt worden. Ferner wurde mitgeteilt, daß dem Kriegerverein Schmitten noch 150 M. aus dem Notstandsfonds bewilligt worden sind. Von den auf 60 Pf. erhöhten Beiträgen entfällt auf die Unterverbände (Regierungsbezirks- und Kreisverbände) kein Teilbetrag.

— **Gärtnereibereitschaftsgesellschaft.** Wie uns aus Kassel mitgeteilt wird, hat die dort am 9. und 10. d. M. tagende Deutsche Gärtnereibereitschaftsgesellschaft, der als Vertreter Wiesbadens die Herren E. Weder und J. Wittmann beizuhören, Herrn E. Weder einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

— **Schwurgericht.** Vor dem Schwurgericht wird bei Gelegenheit der nächsten Tagung noch verhandelt: am 14. Januar wider den Agent und Kellner Julius Wahl und den Schmied Karl Stemmer, beide aus Wiesbaden, wegen Münzverbrechens (Verteidiger: Rechtsanwalt Kaskau und Rechtsanwalt Dr. Stahl); am Samstag, den 17. Januar, wider den Schlosser Wilh. Schäfer aus Schwanheim wegen Meineids (Verteidiger: Rechtsanwälte Bruch und Rathhart in Frankfurt); am Montag, den 19. Januar, wider den Fabrikarbeiter Franz Leidner, den Schlossergehilfen Friedr. Strauch und die Ehefrau Anna Leidner, geb. Schädel, alle aus Griesheim, wegen Falschmünzerei (Verteidiger: Rechtsanwalt Tiefenbach).

— **Die Kodelbahn am Chausseehaus** mußte gestern, nachdem tags vorher noch ein starker Verkehr dort geherrscht, den Betrieb einstellen. Leider ereignete sich zum Schluß noch ein Zusammenstoß, der leicht von üblen Folgen hätte begleitet sein können. Ein Schütteln kam herabgefallen, und obwohl die Kodel und das Publikum Warnungsrufe erschallen ließen, blieb eine Wiesbadener Dame auf der Bahn stehen und wurde umgefahren. Sie kam heil davon, während der Kodel berart zu Boden schlug, daß er bewegungslos liegen blieb. Er erholte sich jedoch in der Behandlung durch die Sanitätswoche bald wieder und konnte, ohne weiteren Schaden genommen zu haben, von dannen ziehen.

— **Diebstahl.** Am Donnerstag wurde ein Postpaket gestohlen, in dem sich verschiedene Fahrradbestandteile befanden, u. a.: sechs Fahrradketten, sechs Paar Pedale, fünf Laternen, fünfzig Paar Hosenschalter und drei Spiralfederbremsen.

— **Personal-Nachrichten.** Rechtsanwalt Ludwig Noll, der in Köln vor mehreren Wochen verunglückte, hat seine wichtige Praxis niedergelegt; Rechtsanwalt Dr. Höcker aus Bonn hat dieselbe übernommen.

Spielplan der Wiesbadener Theater.

Sam 11. Januar bis 12. Januar.	Städt. Schauspiele.	Reichens- Theater.	Kur-Theater.
Sonntag	Ab. 11. Um 2. Male: Die Königin von Saba.	10 Uhr. (Garde-Br.) 12 Uhr. Die Waisenkindin.	10 Uhr. (Al. Br.) 12 Uhr für die Strm. 8 Uhr. Der müde Theodor.
Montag	Ab. 8. Die Traviata.	Die pastiche Riege.	Der müde Theodor.
Dienstag	Ab. 8. (Kette Berlin.) Die Braut von Messina.	Die Waisenkindin.	Ein solches Leben.
Mittwoch	Ab. 8. Abd.	Wir geh'n nach Tegelegen.	Ein solches Leben.
Donnerstag	Ab. 8. Die Fledermaus.	Die Waisenkindin.	Ein solches Leben.
Freitag	Ab. 8. Neu einstudiert: Die Schönen in Panama. Gedult fängt Walter.	Gedult fängt Walter. Gedult fängt Walter.	Der müde Theodor.
Samstag	Ab. 8. Der Rosenkavalier.	Schneider Bibbel.	Ein solches Leben.
Sonntag	Ab. 8. Abend.	10 Uhr. (Garde-Br.) 12 Uhr. Wir geh'n nach Tegelegen. 7 Uhr. Schneider Bibbel.	10 Uhr. (Al. Br.) 12 Uhr. 8 Uhr. Seine Gefährtin.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— **Königliche Schauspiele.** Die Reihenfolge der Abonnementsbuchungen für die nächste Woche ist die folgende: Sonntag D, Montag B, Dienstag C, Mittwoch A, Donnerstag B, Freitag C, Samstag D, Sonntag A, Montag B. — Am Sonntag gelangt in der Titelliste zur Aufführung. Bei dieser Gelegenheit singt Herr Schuberth hier zum erstenmal den „Kobold“ — Schuberts fünfstimmige Tröge, „Kobold und sein Ring“ ist in dem Spielplan des Hoftheaters aufgenommen worden und soll in der ersten Hälfte des Februar neu einstudiert in Szene gehen.

— **Kurtheater.** Montag wird der lustige Schwank „Der müde Theodor“ zum letztenmal aufgeführt. Dienstag geht der Schwank „Ein solches Leben“ zum erstenmal in Szene, der in Hannover einen beispiellosen Erfolg hatte.

— **Wochen-Programm der Kur-Veranstaltungen.** Sonntag, 11. Januar: 11½ Uhr: Konzert in der Hochbrunn-Trinkhalle. 4 Uhr im Abonnement im großen Saal: Sinfonie-Konzert (Leitung: städtischer Musikdirektor Karl Schürich). 8 Uhr: Abonnements-Konzert. Montag, 12. Januar: 4 und 8 Uhr: Abonnements-Konzert. Dienstag, 13. Januar: 4 und 8 Uhr: Abonnements-Konzert. 5 Uhr im Weinsaal: Tee-Konzert. Mittwoch, 14. Januar: 11 Uhr: Konzert in der Hochbrunn-Trinkhalle. 4 und 8 Uhr: Abonnements-Konzert. 5 Uhr im Weinsaal: Tee-Konzert. Donnerstag, 15. Januar: 4 und 8 Uhr: Abonnements-Konzert. Freitag, 16. Januar: 4 Uhr im Abonnement: Militär-Konzert. 5 Uhr im Weinsaal: Tee-Konzert. 7½ Uhr im großen Saal: 8. Julius-Konzert (Leitung: städtischer Musikdirektor Karl Schürich). Solistin: Kammerliednerin Eva Bläse — von der Opern, Dresden, (Soprano). Samstag, 17. Januar: 11 Uhr: Konzert in der Hochbrunn-Trinkhalle. 4 und 8 Uhr: Abonnements-Konzert. 4½ bis 6½ Uhr: Fango-Lee in der Wandelhalle und im kleinen Saal. — Auto-Damibus-Rundfahrten (Abfahrt Kurhaus): Sonntag: 10 Uhr Rorsbach, 2½ Uhr Königstein. Dienstag: 10 Uhr Jagdschloß Walte, 10½ Uhr Saarlautern-Ausflug. Mittwoch: 10 Uhr Georgenborn, 2 Uhr Feldberg. Donnerstag: 10 Uhr Raumbach, 2½ Uhr Bäder Königstein, Ecken, Münster. Freitag: 10 Uhr Rammelsbach, 2 Uhr Bäder Königstein, Cronberg, Cronthal. Samstag: 10 Uhr Raumbach, 2½ Uhr Rheingangausflug, Kloster Eberbach.

— **Vorträge.** Montag, nachmittags 5 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Wiesbaden des Vereins Bessen-Rassau für Frauenzimmer ein „Rheinhotel“ einen fünf-Uhr-See, zu dem als Referent Baron v. Wittmann gewonnen ist. Die hier sehr geschätzte Rednerin wird über die Frauenbewegung und ihre Gegner sprechen. Nach dem Vortrag findet eine Aussprache statt. Nichtmitglieder sind willkommen. — Morgen Sonntag, abends 8½ Uhr, spricht im großen Saal der „Worthung“ Dr. phil. Ernst Cohn-Wittener (Berlin-Halensee), Privatdozent der freien Hochschule in Berlin, über das Thema: „Ein Gang durch die Geschichte der jüdischen Kunst“. Der Vortrag wird durch Lichtbilder erläutert. Gäste, Damen und Herren, sind willkommen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Ein Nordverur?

— **Siebrich, 9. Januar.** Gestern abend etwas nach 9 Uhr hörten mehrere Leute in der Nähe des „Rheinischen Hofes“

vom Rhein her Hilferufe. Sie sahen, wie ein Mann fortlief, während 30 Meter unterhalb des Gletscherföhen Landebodens eine Frau tief im Wasser stand. Sie retteten die Frau und verbrachten sie in ein benachbartes Haus und von da ins Krankenhaus. Die Frau, welche im 48. Lebensjahr steht, ist die zweite Ehefrau des 41 Jahre alten Tagelöhners Michael Schießer, Wiesbadener Straße 15 wohnhaft, von dem sie getrennt lebt. Sie hat den Mann erst im September v. J. als Witwer mit sieben Kindern geheiratet. Da sie ihm aber nichts habe recht machen können, sei sie wieder von ihm gegangen. Sie habe nun mehrere Male versucht, mit ihr abends ein Stelldichein am Rhein herbeizuführen. Gestern abend habe er sie wieder auf 9 Uhr in die Wiesbadener Straße bestellt, wo sie um die angegebene Zeit miteinander zusammengetroffen seien. Sie seien beide an den Leinpfad zwischen Jollant und „Rheinischer Hof“ gegangen, wo sie dicht am Rheinufer auf- und abspazierten. Gleich oberhalb des Gletscherföhen, das dort am Ende der hohen Kaimauer angebracht ist, habe ihr der Mann plötzlich ohne jeden Grund einen Stoß gegeben, so daß sie über die Böschung hinunter in den Rhein stürzte. Zum Glück war die Stelle nicht tief, so daß sie sich im Wasser aufrecht halten konnte. Der Mann habe ihr dann eine dünne Leine gereicht, um sie zu retten; als dies nicht gelang, sei er fortgelaufen, um angeblich einen Rachen zu holen. Inzwischen wurde sie dann von den hinzukommenden Leuten gerettet. Die Frau nimmt an, daß der Mann die Ehe mit einem jungen Mädchen eingehen wollte und daß sie ihm, zumal sie nicht in die Eheführung willigte, im Wege war. Sie wurde noch in der Nacht in seiner Wohnung durch die Polizei festgenommen. Er bestreitet entschieden, die Frau in den Rhein gestoßen zu haben; er sei überhaupt gestern abend nicht mit ihr zusammen gewesen. Heute erfolgt seine Vernehmung durch den Untersuchungsrichter.

— **Siebrich, 10. Januar.** Der Fabrikarbeiter Joh. Laus begehrt heute sein 40jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma Portlandzementfabrik Daderhoff und Söhne, G. m. b. H., zu Amneburg.

Aus der Umgebung.

Unfall auf dem Wasser.

— **Ningen, 10. Januar.** Die bei der Erbauung der neuen Brücke über die Rabe verordnete Dampframmung ging heute morgen infolge der reißenden Strömung des Hochwassers plötzlich unter. Von den 10 darauf beschäftigten Arbeitern konnten sich 8 durch Abkriechen auf eine nahe Böschung retten, während zwei von der Flut bis in die Mitte des Rheins getrieben wurden, wo sie unter großen Anstrengungen gerettet werden konnten.

— **Siegen, 9. Januar.** Die hiesige Polizei nahm eine aus vier Italienern bestehende Diebesbande fest, die in den letzten Wochen im Koblenzgebiet größere Einbruchsdiebstähle, namentlich bei Goldarbeitern ausübte. Im Besitz der Verhafteten befand sich eine große Anzahl wertvoller und anderer Goldsachen.

Die Wetterlage.

Hochwasser.

— **Z. Oberlahnstein, 9. Januar.** Seit gestern abend gehen am Rhein und unteren Lahn schwere Regengüsse nieder. Die Schneereise auf den Bergen schmelzen rapid. Die Lahn und ihre Nebenbäche führen Hochwasser.

— **Greven i. W., 8. Januar.** Die Elbe ist noch weiter gestiegen. Heute früh zeigte der Pegel 5,55, heute mittag 5,40 Meter. Ansehnend tritt Stillstand ein.

— **Wb. Mannheim, 10. Januar.** Rhein und Neckar sind stark im Steigen begriffen. In der vergangenen Nacht stieg der Wasserstand bei Hünningen von 0,95 auf 1,88 Meter, in Neß von 1,98 auf 2,30 Meter, in Magau von 3,64 auf 3,91 Meter, in Heilbronn stieg der Neckar von 1,80 auf 3,50 Meter. Der Neckar führt starkes Hochwasser. Auch von Heilbronn wird ein weiteres starkes Anwachsen des Neckars gemeldet. In Mannheim hat sich der Wasserstand des Neckars und des Rheins in der vergangenen Nacht wenig verändert.

— **Wb. Heilbronn, 10. Januar.** Der Neckar ist derart gestiegen, daß er heute früh über die Ufer getreten ist. Die Niederungen sind überschwemmt. Der Fluß führt viel Holz mit sich. Ein weiteres Steigen wird befürchtet.

— **Wb. Eßlingen, 10. Januar.** Der Neckar ist während der Nacht bis heute früh 6 Uhr mit einer solchen Wassermasse über seine Ufer getreten, daß das ganze Flußtal zwischen Bötzingen und Eßlingen fast einen einzigen See bildet. Seit vielen Jahren war ein solcher Hochwasserstand nicht zu verzeichnen. Verkehrs- und Betriebsstörungen sind allgemein eingetreten, und da ein weiteres Steigen des Wassers in sicherer Aussicht steht, läßt sich die Gefahr der Lage noch nicht einmal genau übersehen. In vielen Orten sind die elektrischen Lichtleitungen unterbrochen. Die Höhe des Schadens wird sich erst nach Tagesanbruch feststellen lassen.

— **Wb. Stuttgart, 10. Januar.** Infolge des Hochwassers des Neckars mußten heute nacht die Flußamtsboote gewacht werden. Die Kellervorräte wurden überall in aller Eile geborgen. Der Cannstatter Gergierplatz steht vollständig unter Wasser. — In Göppingen wurde die Feuerwehr alarmiert. Der Heubach hatte verschiedene Straßen überschwemmt und die Keller unter Wasser gesetzt. — Nach einer Meldung aus Ulm ist die Donau zwar ebenfalls stark im Steigen begriffen, doch besteht dort noch keine Hochwassergefahr. Im Laufe des Morgens wurde aus den meisten Landesstellen Prognose mit Schneefall gemeldet, so daß die größte Gefahr beseitigt erscheint.

Die neue Sturmflut an der Ostküste.

— **Wb. Bismar, 9. Januar.** Heute nachmittag heigte sich der Wind zum Sturm, der Hochwasser herbeiführte. Gegen 7 Uhr abends waren die Jagungsstraten zum Hafen und mehrere Häuser und Hoflagerplätze überschwemmt.

Aberschwemmungen in Belgien.

— **Brüssel, 10. Januar.** In der Umgebung von Lüttich ist die Maas über ihre Ufer getreten. Die letzten eingetretenen Schneeschmelze hat die Gefahr außerordentlich gesteigert. Die ganze Gegend von Lüttich und Perriers ist von Wasserfluten bedroht. Eine große Anzahl Dörfer sind überschwemmt. Die Straßenbahnen, die zwischen den einzelnen Städten verkehren, mußten ihren Betrieb gestern nachmittag einstellen. Mehrere Vororte der größeren Städte mußten geräumt werden. Die Leute an den Ufern der Maas sind in großer Verlegenheit, zumal es unmöglich erscheint, Wagen und Röhre zum Fortschaffen der Möbel zu erhalten. In Dabiddees ist das Wasser in sämtliche Kellerräume gedrungen und hat besonders unter der ärmeren Bevölkerung großen Schaden

angetrichen. Die Behörden treffen alle nur erdenklichen Vorkehrungen, um ein weiteres Umsichgreifen der Überschwemmungen zu verhüten.

Starker Schneefall in Nordafrika.

wb. Paris, 10. Januar. Aus Tunis wird harter Schneefall gemeldet. Alle Verbindungen mit Algerien sind unterbrochen.

Neues aus aller Welt.

Vom Regen in die Traufe. Stade, 9. Januar. Ein Deserteur der Fremdenlegion wurde am Mittwochmorgen bei Stade völlig mittellos aufgefunden. Es ist der belauener Viktor Schuppel aus Abolde. Dort in seiner Heimat war er 1911 zur Infanterie ausgehoben worden, ging aber, um nicht dienen zu müssen, nach Frankreich und stellte sich dann dort in Nancy der Fremdenlegion. Beim ersten Fremdenlegions-Regiment, wo er in der 14. Kompanie diente, lernte er auch den Ex-Fürstenermeister Tromel kennen. Nachdem er nach Toulon befördert war, gelang es ihm im Oktober 1913, aus seiner Station in Deng-Dang zu desertieren und chinesisches Gebiet zu erreichen. Von chinesischer Polizei wurde er nach Donglong gebracht und fand dort ein chinesisches Schiff, auf dem er sich nach Yokohama durchschleifte. In Yokohama hatte er das Glück, auf dem Dampfer „Brig Gisel Friedrich“ vom Norddeutschen Lloyd als Küchenarbeiter angenommen zu werden. Am Montag war er mit dem Postdampfer in Bremerhaven angekommen und wollte nun über Stade nach Hamburg, um dort Arbeit zu finden. Untenwegs wurde er aber als unsicherer Seereisepflichtiger aufgegriffen.

Brand eines Gerichtsgebäudes. Bären, 9. Januar. In Bärenau in Westfalen brannte das Amtsgerichtsgebäude nieder, wobei sämtliche Akten und Dokumente verloren gingen. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt.

Diebstahl von Schülern in einer Kirche. Hohenfels, 9. Januar. Hier wurden drei Schüler verhaftet, die im Laufe des Sommers in der hiesigen Kirche den Anhängern Pompadours und Bortemonnais gestohlen hatten.

Das Familien drama von Soldau. Soldau, 9. Januar. Von der Wut und Wut werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Die Tat muß in den ersten Morgenstunden ausgeführt worden sein. Hausbewohner wollen gegen 4 Uhr morgens Geräusche in der Wache hören. Die Wache war geschlossen. Die Aufwartung fand in der Frühe die Tür verschlossen und die Klingel abgestellt. Auf ihre Rufe, daß hier ein Unfall passiert sei, wurde die Wohnung geöffnet. Hier fand man die Kinder einleidend im Bett. Dem jüngsten Sohn dort war der Kopf vollständig vom Rumpfe getrennt. Der Vater lag auf dem Sofa, die Brunnenspitze, mit der er seine Frau und sich selbst erschossen hatte, lag er noch in der Hand. Das Dienstmädchen war gegen 11 Uhr nachts nach Danzig geschickt worden, wobei die ebenfalls gelöste Schwester des Bräutigams hier angekommen war. In dem hinterlassenen Briefe gab der Vater eine Aufstellung seiner Schulden und teilte mit, daß er seine Ringe nicht allein zurücklassen wollte. Er war 50 Jahre alt und hatte seit drei Jahren ein Bausparwesen übernommen, in dem er früher selbst als Architekt tätig war. Über dieses Geschäft war der Kontostand verhängt worden. Der Vater hatte verschiedene Geschäftsmanipulationen aus den Geschäftsbüchern herausgeschrieben, was er jedoch verweigerte. Durch seine beschriebene Verfassung sollte er dazu gezwungen werden. Dies mochte neben den gerüttelten Familienverhältnissen der Hauptgrund der grausigen Tat gewesen sein. Die acht Leichen wurden sofort beigesetzt. Am 5. Uhr fand im Beisein des k. k. Staatsanwalts aus Allenstein der Leiche eine Revision statt. Darauf wurden die Leichen freigegeben. Die anderen Sachen des Bräutigams sind jedoch noch beschlagnahmt.

Eruption eines Motorbootes. Haag, 9. Januar. Auf der hiesigen Werft explodierte ein im Bau befindliches Motorboot. Ein Mechaniker wurde getötet, vier Personen schwer verletzt.

Wieder Mord. Marseille, 9. Januar. Der Postdampfer „Ransurab“, der an der tunesischen Küste bei Medda auf Grund geraten war, ist wieder flott geworden.

Die Opfer der Wiener Zimmerexplosion. Wien, 9. Jan. Als viertes Opfer der Explosion in den Räumen der Fabrik Kaumont ist der Beamte Remek gestorben.

Auf dem Heimweg vom Ball ertrunken. Hohenfels, 9. Januar. Auf dem Rückweg vom Ball stürzte der Schmiedemeister Hinz die Böschung der Oderstraße hinab und ertrank.

Großfeuer. Bengeln (Mecklenburg), 10. Januar. Am Freitagabend zwischen 6 und 7 Uhr brach im Hotel „Goldene Krone“ ein Feuer aus, das sich bei dem herrschenden Sturm schnell verbreitete und das Gebäude bald vollkommen einäscherte. Bald war das Feuer auch auf das Anwesen eines Schneidermeisters übergesprungen. Die Feuerwehre konnte nicht verhindern, daß auch dieses Haus vollständig in Asche geleitet wurde. Man vermutet Brandstiftung.

Reitung einer englischen Befragung durch ein deutsches Schiff. New York, 10. Januar. Das in Astoria im Staate Oregon einetroffene deutsche Schiff „Albatros“ rettete auf der Reise von Santa Maria in Mexiko den Kapitän, dessen Frau, die zwei Töchter sowie Offiziere und Mannschaften einer englischen Bark die am 8. Dezember auf hoher See verbrannte.

Das kleine Kind verkauft. Barcelona, 10. Januar. Wie aus Valencia gemeldet wird, wurde hier ein kleiner Junge namens Martinez von der Polizei verhaftet, weil es einem Amerikaner für 30000 Pesetas sein vierjähriges Fräulein verkauft hatte. Der schändliche Handel kam dadurch zur Kenntnis der Polizei, daß die kleine bei der Abfahrt des Schiffes sich weigerte, dem fremden Mann zu folgen und sich gegen die Entführung laut schreien ließ. Ein aufmerksam gewordener Polizist stellte sofort Ermittlungen an und ließ schließlich die Eltern des Kindes verhaften.

Herrenhaus.

Ein großer Tag.

§ Berlin, 10. Jan. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.“) Das Herrenhaus trug heute ganz den Charakter eines großen Tages. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt, während das Parlament allerdings einige Lücken aufwies, namentlich bei der neuen Fraktion. Am Ministertisch hatten neben Herrn v. Bethmann-Hollweg der preussische Justizminister und der Kriegsminister Platz genommen. Der Berichterstatter Graf v. Bahr-Behrenhoff gab dem Antrag des Grafen v. Wartenburg, der eine Stellungnahme der Stellung Preußens betrifft, einige empfehlende Worte mit auf den Weg. Sodann begründete Graf v. Wartenburg seinen Antrag. Die Hoffnungen, die sich an das Jubiläum 1913 geknüpft hätten, seien nur zum geringen Teil erfüllt worden. Die Verstärkung der Armee sei nicht ohne die widerwärtigsten Nebenstände, die Kostenbedeutung nicht ohne die bedenklichsten staatsrechtlichen Konsequenzen erfolgt. Das Bestreben gehe dahin, die Macht des Reichstags auf Kosten der Verbündeten Regierungen, des Kaisers und der Einzelstaaten zu vergrößern. Sein Antrag wolle in letzter Stunde der preussischen Regierung ein videntius consilium zurufen. Der Reichstag dürfe auf preussische Verhältnisse keinen Einfluss gewinnen. Er habe es sich angetragen, einem preussischen Ministerpräsidenten ein Mißtrauensvotum zu erteilen. Dagegen lege er Verwahrung ein. Auch die Nationalliberalen hätten die Hand dazu ge-

boten. Der Einfluss Preußens müßte gestärkt werden, so daß sich Preußen im Bundesrat von den eigenen Anträgen nichts mehr abhandeln lasse. Der König von Preußen verliere dadurch mehr, als der Kaiser gewinne. Es sei ganz klar, daß die Demokratie darauf ausgehe, Preußen zu demolieren. Graf v. Wartenburg versuchte, diese Ansicht an einzelnen Beispielen zu demonstrieren, bei denen seiner Ansicht nach die preussische Regierung sowohl im Bundesrat als auch durch ihre Vertreter nachher im Reichstag nicht mehr die notwendige Festigkeit bewiesen habe. Die Ausführungen des Grafen v. Wartenburg wurden von der Mehrheit des Hauses mit Beifall aufgenommen. — Dann erhielt Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg das Wort.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 10. Januar.

Am Ministertisch: Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg, Finanzminister Dr. Lunge und Kriegsminister v. Falkenhayn. Der Präsident Graf v. Welck-Biesdorf eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Zu Ehren des verstorbenen Mitgliedes Rogalla von Diebstein erhebt sich das Haus.

Auf der Tagesordnung steht die einmalige Schlussberatung über den Antrag des Grafen v. Wartenburg, betreffend

Wahrung der Stellung Preußens im Reich.

Der Berichterstatter Graf v. Bahr beantragte Annahme des Antrags, welcher dahin geht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Reich dahin zu wirken, daß der Stellung Preußens, auf die es bei seiner Geschichte wie seinem Schwergewicht nach Anspruch hat, nicht dadurch Abbruch geschieht, daß eine Verschiebung der staatsrechtlichen Verhältnisse zugunsten der Einzelstaaten Platz greift. Der Berichterstatter erklärte, das Herrenhaus habe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Stellung Preußens im Reich zu wahren.

Antragsteller Graf v. Wartenburg führt zur Begründung seines Antrags aus: Wir hatten erwartet, daß das Erinnerungsjahr an unsere glorreiche Zeit einen Aufschwung auf nationalem Gebiete zur Folge haben würde. Das ist leider nicht überall der Fall. Die berufenen Vertreter des Volkes lassen die Meinung vielfach vernichten. Die Verstärkung der Armee ist nicht ohne die widerwärtigsten Nebenstände, die Kostenbedeutung nicht ohne die bedenklichsten staatsrechtlichen Konsequenzen erfolgt. Das Bestreben geht dahin, die Macht des Reichstags auf Kosten derjenigen der Verbündeten Regierungen, auf Kosten derjenigen des Kaisers zu vergrößern, aber auch auf Kosten der Einzelstaaten. Überall zeigt sich das Bestreben, in das Gebiet der Einzelstaaten einzugreifen.

Zur Anschluß an den Redner sprach der

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg.

Herr v. Bethmann-Hollweg begann mit einem Lob der Ausführungen des Grafen v. Wartenburg. Der preussische Ministerpräsident könne den deutschen Reichskanzler nicht vor der Tür stehen lassen. Der komplizierte und kunstvolle Bau unserer staatsrechtlichen Einrichtungen habe von Anfang an Sorgen und Schwierigkeiten mit sich gebracht. Die Verführung aber, daß der oberste Staat im Reich den Überbruch seiner Macht in unitaristische Bestrebungen einsehen werde, sei unbegründet gewesen. Die Wahrnehmung, daß der mächtigste Staat im Reich die Schranken niemals überschritten, habe dahin geführt, daß die Dynastie in Deutschland als starke Stütze des Einheitsgedankens gilt. Die Vorwürfe des Grafen v. Wartenburg seien alte Sorgen und alte Anklagen. (Lebhafter Widerspruch.) Graf v. Wartenburg sei mit seinen Vorwürfen gegen die Verbündeten Regierungen im Jahre zurückgegangen.

Schon Bismarck habe daran festgehalten, daß die unbedingte Vertretung des Reichsgedankens oberste Pflicht Preußens sei. Dem Reichskanzler darf die preussische Wurzel nicht abgeschnitten werden. Diese Grundlage sei unverändert geblieben. (Stürmischer Widerspruch.) Sie müsse auch unverändert bleiben im Interesse des Reiches. (Beifall.) Noch heute sei es undenkbar, daß das Verhalten des Reichskanzlers in wichtigen Fragen des Einverständnisses des preussischen Staatsministeriums entbehren könne. Er würde es niemals wagen, ein Gesetz einzubringen, zu dem nicht die Zustimmung des preussischen Staatsministeriums erteilt sei.

Den Dualismus Preußens und Deutschlands aus unserem politischen Leben zu beseitigen, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Es könne sich höchstens darum handeln, die unvermeidlichen Leidungen nach Möglichkeit zu mildern zu versuchen. Man müsse aber immer daran denken, was das Reich dem preussischen Staat schuldet. Die Resolution spricht ferner den Vorwurf aus, daß die staatsrechtlichen Verhältnisse im Reich zugunsten der Einzelstaaten verschoben worden seien und Graf v. Wartenburg habe namentlich dabei die elsass-lothringische Frage berührt. Es müsse zugegeben werden, daß durch die Verleihung von Bundesratsstimmen an die Reichsländer eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Bundesrat eingetreten sei, und zwar zugunsten Preußens. (Lebhafter Protest! Grit! rechts.) Man müsse aber daran denken, daß es der König von Preußen und der deutsche Kaiser, also ein und dieselbe Person sei, der sowohl die reichsländischen wie die preussischen Stimmen im Bundesrat einbringe. Graf v. Wartenburg sei dann auch auf die neuerlichen Verhandlungen der Interpellationen und kurzen Anfragen im Reichstag zu sprechen gekommen.

Er gebe ihm die Versicherung, daß er mit allen Mitteln zu verhindern wissen werde, daß aus der Verantwortung solcher kurzen Anfragen nicht übergriffe in die Exekutive der Reichsregierung erfolge.

Was die an die Interpellation geknüpften Anträge anbelange, so handle es sich dabei nur um einen neuen Akt der Führung der Geschäftsordnung des Reichstags. Darum hätten diese Beschlüsse keinerlei staatsrechtliche Bedeutung.

Die Rede des Reichskanzlers wurde mit lebhaftem Beifall am Schluß aufgenommen. Dann knüpfte sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der von den Vertretern der Rechten namentlich der Vorwurf zurückgewiesen wurde, als bedeute der Antrag des Grafen v. Wartenburg ein Mißtrauensvotum gegen den Kanzler. Die Abstimmung über den Antrag war eine namentliche. Der Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Das Urteil im Reuter-Prozess.

Freisprechung beider Angeklagten!

wb. Straßburg, 9. Januar. Im Prozess gegen Oberst v. Reuter und Leutnant Schadt wurde heute vormittag 10½ Uhr das Urteil verkündet. Es lautet auf Freisprechung beider Angeklagten von sämtlichen Anklagepunkten. Die Kosten des Verfahrens trägt der Fiskus.

Die Begründung des Urteils.

wb. Straßburg, 10. Januar. Dem freisprechenden Urteil gegen Oberst v. Reuter und Leutnant Schadt ließ Kriegsgerichtsrat v. Zahn eine längere Begründung vorausgehen. Derselbe konnte sich das Urteil auf Grund der Verweigerung der Ansicht nicht verschließen, daß die Polizeigewalt in Zabern in den kritischen Novembertagen tatsächlich versagt hat. Der Oberst habe sich gemäß den Dienstvorschriften als Garnisonkommandant für berechtigt gehalten, einzugreifen, um die verletzte Ehre seiner Offiziere zu schützen. Er habe sich in einer Art Notstand befunden. Es habe ihm das Bewußtsein der Rechtfertigung bei der Zurückhaltung der Verhafteten im Pandurenkeller gefehlt. Somit seien die subjektiven Voraussetzungen für die Bestrafung in keinem Falle gegeben, das gleiche gilt hinsichtlich des angeklagten Leutnants Schadt.

wb. Straßburg, 10. Januar. Als heute vormittag im Prozess gegen Oberst v. Reuter und Leutnant Schadt das Urteil verkündet wurde, wurden vom Auditorium lebhaft Bravorufe laut.

Die Berufungsverhandlung

gegen Leutnant v. Forstner.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Straßburg, 10. Januar.

Vor dem Obersten Korps-Kriegsgericht begann heute vormittag 9.10 Uhr die Berufungsverhandlung gegen Leutnant v. Forstner wegen des Deliktes des Jägers. Den Vorsitz führt Oberst Kengelberg. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Jergens, die Verteidigung des Angeklagten hat Rechtsanwalt Köhler vom 15. Dragoner-Regiment in Hagenau. Als Beisitzer fungieren Oberst v. Scherbening und die Hauptleute v. Reichenstein, v. Kalm und Voges sowie Kriegsgerichtsrat Kewes. Bei Beginn der Verhandlung ist Oberst v. Reuter anwesend, ebenso der Chef des Generalstabes Graf v. Woldeker, Verhandlungsführer ist Ober-Kriegsgerichtsrat Stud.

Der Vorsitzende eröffnet zunächst die Vorgeschichte des Prozesses. Bekanntlich hat Leutnant v. Forstner am Morgen des 2. Dezember, als die Fabrikarbeiter von Dettweiler zur Arbeit gingen, sich mit einer Truppe zum Übungsplatz begeben. Er wurde erkannt und ihm Schimpfwörter zugerufen. Er wollte die Zurechtweisung lassen, diese flüchteten aber; nur Blant, der infolge einer Lähmung stark hinkte, konnte eingeholt werden. Er soll einem Fahren-junker beleidigende Worte gemacht haben. Als man den Blant festnehmen wollte, schlug er um sich. Leutnant von Forstner glaubte, Blant würde gegen ihn tödlich und will sich genötigt gesehen haben, deshalb den Schuster durch einen Säbelhieb unschädlich zu machen.

Bei der Feststellung der Personalien des Angeklagten v. Forstner werden diesmal seine beiden Disziplinarstrafen bekannt gegeben: eine geringfügige Strafe wegen einer unerlaubten Reise nach Straßburg und dann eine über ihn wegen des Ausbruchs „Bades“ verhängte Disziplinarstrafe, die bisher nicht mitgeteilt wurde.

Es waren sechs Tage Stubenarrest über ihn verhängt worden, weil er den Ausbruch „Bades“ wiederholt zu seinen Untergebenen gesagt hat.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten, der ebenso, wie in der ersten Verhandlung Kotwahr gestand machte und betonte, daß er auf Befehl seines Vorgesetzten dafür zu sorgen gehabt hätte, daß Blant festgenommen werde.

Auch Leutnant v. Forstner freigesprochen!

wb. Straßburg, 10. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.“) In dem Prozess vor dem Ober-Kriegsgericht wegen des Vorfalls in Dettweiler wurde kurz nach 2 Uhr das Urteil verkündet: Leutnant von Forstner wurde freigesprochen.

Letzte Drahtberichte.

Der Eisenbahnerstreik in Transvaal.

R. Johannesburg, 10. Januar. Die hiesigen Gewerkschaften haben in einer solennit einberufenen Versammlung die Freilassung der verhafteten Arbeiterführer gefordert. Die Gewerkschaften drohen mit der sofortigen Proklamierung des Generalstreiks.

R. Potchefstroom, 10. Januar. Zwei Reiter-Regimenter und zwei Infanterie-Regimenter sind heute abend ausgerückt, wie man annimmt, nach Krugersdorp und dem Westrand. Die hiesigen Schützenvereine haben die Aufforderung erhalten, sich bereitzustellen.

R. Pretoria, 10. Januar. Die aktive Miliz ist im ganzen Transvaal aufgerufen worden, desgleichen die Milizvereine einer Anzahl Bezirke. Ferner wird durch Verordnung der Verkauf und die Verwendung von Waffen in den Bezirken Pretoria und Witwatersrand und Middelburg verboten. Ein Ausschuss angelegener Bürger, der Mayor an der Spitze, hat sich gebildet, um die nötigen Schritte zur Erhaltung von Gesetz und Ordnung zu ergreifen. Der Indirekteur Ghandi erklärte in einem Interview, er wolle der Regierung während des Streiks keine Schwierigkeiten durch Wiederaufnahme der passiven Widerstandsbewegung der Indier machen. Die Indier haben dieselbe Haltung während des Mandastreiks im letzten Juli eingenommen.

R. Kapstadt, 10. Januar. Die einzige günstige Meldung kommt aus der Kapkolonie, wo die Indier zur Re-

gierung halten und auch aus Durban (Natal), wo das Bahndienstpersonal den Aufforderungen der Gewerkschaften, sich dem Streik anzuschließen, nicht Folge leistete. Die Gewerkschaften dehnen jedoch ihre Agitation auf Durban aus, und in Kapstadt kommen Arbeiterführer an. — Auf der Strecke zwischen Johannesburg und Cleveland hat eine zweite Dynamitexplosion stattgefunden.

Keine Fristverlängerung zur Vermögenserklärung?

■ Berlin, 10. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.“) Wie verlautet, besteht in Bundesratskreisen bisher wenig Neigung, den zahlreichen Gesuchen aus Handelskreisen um eine Verlängerung der Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung für den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag Folge zu geben. In Bundesratskreisen scheint die Ansicht vorzuherrschen, daß die im Gesetz enthaltenen Ausnahmebestimmungen zur Behebung aller etwa entstehenden Schwierigkeiten genügen und es daher nicht nötig sei, die festgesetzte Frist allgemein zu verlängern.

Eine Unterredung des Kronprinzen mit einem Zeitungsvertreter.

■ Berlin, 10. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.“) Der Kronprinz empfing heute vormittag einen Mitarbeiter der „V. Z.“ zu einer Unterredung über die Vorgeschichte seiner Abberufung von Danzig. Der Kronprinz erklärte alle Gerüchte, nach denen seine Beriefung nach Berlin auf Unstimmigkeiten mit den Vorgesetzten in Danzig zurückzuführen wären, als vollständig grundlos und sagte u. a.: „Als ich vor etwa zwei Jahren das Kommando der 1. Leibhufaren in Danzig übernahm, war bereits meine spätere Verwendung im Generalstab in Aussicht genommen. Nach dem Wabber des vergangenen Herbstes sollte ich nach Berlin kommen, hat jedoch, noch ein Jahr in Danzig bleiben zu dürfen; das wurde mir auch zunächst gestattet. Im Dezember erhielt ich dann aber das Kommando zum Generalstab, da Seine Majestät es für notwendig hielt, daß ich mit Rücksicht auf die Zeitlage mich schon jetzt über die höhere Truppenführung informierte. Ich werde ja im gegebenen Falle ein größeres Kommando führen als das eines Regiments. Die Ausstellungen über meine Beziehungen zu meinen Vorgesetzten in Danzig wie überhaupt zur Stadt Danzig und zur ganzen Bevölkerung stellen mich aber geradezu als undankbaren Menschen hin. Ich kann versichern, daß die beiden Jahre in Danzig geradezu die schönsten Jahre im Leben der Kronprinzessin und in meinem Leben gewesen sind, und daß ich stets mit großem Vergnügen an sie zurückdenken werde. Mit Ergötzung v. Wadenstein bin ich ihm befreundet, ich bin oft Gast in seinem Hause gewesen, und zwischen ihm und mir bestand und besteht noch das beste Verhältnis. Es ist auch nicht richtig, daß General v. Wadenstein an dem Diner nach der Schiffslaufe in Danzig, wie das von manchen Seiten behauptet wurde, nicht teilgenommen habe. Wie gesagt, mit allen meinen Vorgesetzten stand ich immer auf bestem Fuß und ich habe mich in Danzig überhaupt sehr glücklich gefühlt.“ — Wie die „V. Z.“ weiter erzählt, dürfte der Kronprinz die Absicht, unsere afrikanischen Kolonien zu besuchen, in diesem Jahre ausführen. Er wird nach Deutsch-Südwestafrika und nach Deutsch-Südwestafrika reisen. Die Zustimmung der maßgebenden Stellen dazu darf mit Sicherheit erwartet werden.

Handelsteil.

Berliner Börse.

■ Berlin, 10. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.“) Bei Eröffnung stand der Montanmarkt im Mittelpunkt des Interesses. Von diesem Markt sekte sich bei Geldflüssigkeit und Deckungsbedarf eine allgemeine Befestigung durch. Am Schiffahrtsmarkt hofft die Spekulation auf Beilegung des Habag-Lloydzwistes. Russenwerte behauptet. Heilmische Banken vernachlässigt. Lebhaft besprochen wurden die Ausstellungen des Handelsministers, betreffend Übernahme neuer Auslandsanleihen. Kanada büssen auf London ein. Dieser Rückgang wirkte schließlich auf die Gesamthaltung der Börse ungünstig ein. Unter Realisationen senkte sich das gesamte Kursniveau bei stillem Geschäft. Tagesgeld 2 Proz. Privatskonti 3½ Proz. (gestern 3¼ Proz.).

Frankfurter Börse.

■ Frankfurt a. M., 10. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.“) Wenn auch die Tendenz sich vereinzelt als fester charakterisierte, so war doch die Kaufkraft gering. Von New York lagen nach festem Beginn schwächere Notierungen vor, was erneut Anlaß zur Zurückhaltung bot. Es fehlte an neuen Anregungen, die eine Belebung des Geschäfts hätten herbeiführen können. Was die einzelnen Märkte betrifft, so zeigten Bankaktien eine gut behauptete Tendenz. Begünstigt waren auch heute von heimischen Banken Darmstädter und Disconto. Petersburger Internationale gefragt. Von Transportwerten sind amerikanische Bahnen abgeschwächt. Schiffahrtswerte verkehrten unter Schwankungen. Am Elektromarkt sind die Umsätze bescheiden. Am Montanmarkt war die Haltung reserviert. Phönix-Bergbau vorübergehend lebhafter. Goldminen, Harpener und Bochumer wurden auf Deckungskäufe höher bezahlt. Rentenwerte lagen ruhig. Reichsanleihen und preussische Konsols sind gut behauptet. Am Markt der fremden Werte zeigten sich keine nennenswerten Kursveränderungen. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung gestillt. Privatskonti 3½ Proz. (gestern 3¼ Proz.).

Die Konkurse im Jahre 1913.

Nach den nunmehr vorliegenden Ergebnissen der Konkursstatistik für das abgelaufene Jahr hat das Jahr mit der Zahl der Konkursöffnungen einen Rekord aufgestellt, der die Zahlen der letzten 10 Jahre übertrifft. Im ganzen abgelaufenen Jahr wurden nach der „Köln. Ztg.“ im Deutschen Reich 9593 Konkurse eröffnet gegenüber 9318 im Jahre 1912 und 1721 im Krisenjahre 1908. Dazu wäre noch die nicht geringe Zahl der wegen Mangels an Masse abgelehnten Konkursanträge zu rechnen, die in unserer Zusammenstellung nicht enthalten sind. Diese Zahlen bieten einen deutlichen Beleg für die Wirkung des Konjunkturschwungs im abgelaufenen Jahr, der Geldknappheit und der Kreditbeschränkungen, denen viel schwächere Stellungen nicht gewachsen waren. Die Zahlungsschwierigkeiten wiesen jedoch einen weit größeren Umfang auf, da eine große Anzahl derselben durch die immer mehr benutzten außergerichtlichen Vergleichsverfahren nicht zur Konkursklärung geführt haben. Die einzelnen Viertel des abgelaufenen Jahres haben zu dem Endergebnis nicht gleichmäßige Beiträge geleistet; die schon im letzten Vierteljahr

Zur Mandatsniederlegung des Grafen Mielzynski.
XX. Josen, 10. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.“) Graf Mielzynski hat seine Mandatsniederlegung mit folgendem Schreiben an den Vorsitzenden der polnischen Reichstagsfraktion Fürsten Radziwill begründet: „Gute Durchlaucht bitte ich ergebenst, der Fraktion gütigst mitteilen zu wollen, daß ich in einem Schreiben an den Herrn Reichstagspräsidenten mein Mandat niedergelegt habe. Durch einen puchbaren, meine Kräfte übersteigenden Schicksalschlag physisch und moralisch gebrochen, könnte ich fernerhin die Pflichten eines Abgeordneten weder gewissenhaft noch energisch erfüllen.“

Die Ausweisung eines dänischen Sozialistenführers.

wb. Hensburg, 10. Januar. Der dänische Sozialistenführer Stauning war gestern abend trotz des Verbots des Regierungspräsidenten nach Hensburg gekommen. Sein Vortrag war schriftlich niedergelegt und wurde verlesen. Nach einer temperamentvollen Rede des Stadtverordneten Adler aus Kiel erschien Stauning und präsentierte sich unter dem Beifall seiner Freunde. Sofort drangen mehrere Kriminalbeamte vor, die ihm die Ausweisungsbefehle vorlegten und unter lautem Gallo der Versammlungsteilnehmer aus dem Saale brachten. Mit einem Nachtrag wurde er dann an die Grenze gebracht.

Ein türkischer Großwesirwechsel in naher Aussicht?

Δ Konstantinopel, 9. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.“) In diplomatischen Kreisen hält man einen Großwesirwechsel für nahe bevorstehend, da die Verhältnisse auf eine baldige völlige Umbildung des Kabinetts drängen. Angeblich haben der Minister des Innern Talaat-Bey und der Minister des Äußeren Enver-Bey die meisten Aussichten gegenwärtig.

Zur Lösung der Inselfrage.

wb. Paris, 10. Januar. Zu der Reise des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos nach Rom erklärt der „Glaire“, daß durch die persönliche Aussprache Venizelos mit dem italienischen Minister des Äußeren di San Giuliano die letzten Bedenken über die Beilegung von Lemnos und Samothrake in Italien gesunken seien, und daß voraussichtlich Italien in eine weitere Verringerung der Räumungsfrist Süditaliens durch die griechischen Truppen einwilligen wird.

Ein weiterer französischer Erfolg im Sudan.

wb. Paris, 10. Januar. Ein dem Kolonialministerium zugekommenes Telegramm bestätigt, daß Oberst Lorgeau sich am 14. Dezember v. J. auch des nordöstlichen von Ain Salala im Tibestigebiet gelegenen Guro fast ohne Schwertstreich bemächtigt habe.

Der Nizzaer Fleischerstreik schon beendet.

wb. Paris, 10. Januar. Die Nizzaer Metzger haben infolge der Vermittlung des Präfekten ihren Ausstand für beendet erklärt und gestern abend ihre Läden wieder geöffnet.

Ein früherer Eisenbahnräuber als Gouverneurskandidat.

○ London, 10. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.“) Im amerikanischen Staate Oklahoma findet demnächst ein amerikanischer Wahl statt. Die demokratische

1912 infolge der politischen Benachteiligung einsetzende starke Steigerung der Anzahl der Konkursöffnungen auf 2424 führte im ersten Vierteljahr 1913 mit 2673 Konkursöffnungen zur Höchstzahl der in den einzelnen Vierteljahren erreichten Zahlen; das zweite und das dritte Vierteljahr zeigten dann mit 2478 und 2195 Eröffnungen ein Nachlassen, und das letzte Viertel des laufenden Jahres wies mit 2237 eröffneten Konkursen wieder eine Steigerung auf, die jedoch die Zahl der entsprechenden Vorjahreszeit von 2424 nicht mehr ganz erreichte. In den einzelnen Jahresvierteln der letzten 10 Jahre stellte sich die Anzahl der Konkursöffnungen wie folgt:

Vierteljahr	94	105	106	107	108	109	110	111	112	113
I.	2180	22	2300	2063	2535	2403	2267	2111	2141	2673
II.	232	1899	1896	2155	2174	2153	2047	198	2312	2478
III.	70	1550	1671	1807	1935	1808	1907	2015	2141	2195
IV.	2047	1954	1899	202	2417	2055	2077	2128	2194	2237
zusammen	712	7651	7776	8134	9381	8619	8300	8742	9213	9583

Banken und Geldmarkt.

■ Nassauische Sparkasse. Am Ende des abgelaufenen Jahres dienten dem Sparverkehr der Nassauischen Sparkasse außer der Hauptkasse in Wiesbaden und den 28 Landesbankstellen 169 Sammelstellen. Die Zunahme der Spareinlagen betrug 5¼ Mill. M. Dadurch haben die Spareinlagen der Nassauischen Sparkasse den Gesamtbetrag von 145 Mill. M. erreicht, die sich auf fast eine Viertelmillion Sparkassenbücher verteilen. Der Zinsfuß der Spareinlagen ist bekanntlich am 1. Januar 1914 auf 3½ Proz. erhöht worden.

■ Zur Emission fremder Werte in Deutschland, Berlin, 9. Januar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Mit Rücksicht auf die großen inländischen Ansprüche, die der deutsche Kapitalmarkt in den kommenden Monaten zu befriedigen haben wird, hat der preussische Handelsminister die Emissionshäuser mehrfach darauf hinweisen lassen, daß gegenüber ausländischen Anleihen, für deren Übernahme kein deutsches politisches Interesse oder anderes allgemeines Interesse spricht, die äußerste Zurückhaltung geboten ist. Diese Mahnung habe leider nicht überall Beachtung gefunden. Noch neuerdings hat sich der Handelsminister veranlaßt gesehen, für auswärtige Anleihen, deren Einführung beabsichtigt war, den Emissionshäusern eröffnen zu lassen, daß die Zulassung zum Börsenhandel vorderhand nicht gestattet werde, weil die Voraussetzungen nicht gegeben seien, unter denen der deutsche Kapitalmarkt jetzt zur Verfügung gestellt werden könne. Das deutsche Publikum wird daher gut tun, solchen auswärtigen Anleihen gegenüber, die noch nicht zum Börsenhandel zugelassen sind, Vorsicht walten zu lassen, damit es nicht Papiere erwirbt, von denen es sich später zeigt, daß sie an inländischen Börsen nicht verkäuflich sind.

■ A.-G. für Boden- und Kommunalkredit in Elsaß-Lothringen, Straßburg. Der Gesamtbetrag der Ende Dezember 1913 in Umlauf befindlichen Gemeindegeldverschreibungen belief sich auf 183.64 Mill. M. (Ende Juni 1913 183.75 und Ende Dezember 1912 181.55 Mill. M.). Der Gesamtbetrag der in das Hypothekenregister eingetragenen Hypotheken betrug auf 188.30 Mill. M. (187.04 bezw. 186.43 Mill. M.) und der Gemeindegeldanleihen auf 11.40 Mill. M. (11.30 bezw. 11.28 Mill. M.).

Industrie und Handel.

■ Das Abkommen in der Ammoniak-Industrie. Das zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. einerseits und der Deutschen Ammoniak-Verkaufsvereinigung

Partei, die dort die Mehrheit hat, ist sich bis jetzt noch nicht über einen Kandidaten schlüssig geworden. Die meiste Aussicht hat ein gewisser Jennings, der im Jahre 1897 wegen Eisenbahnräuberei zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Später wurde er vom Präsidenten Mac Kinley begnadigt. Jennings will „die Demokratie sofort von allen Schmarozkern reinigen“, mit denen, wie er sagt, „ein auf guten Ruf haltender früherer Sträfling nichts zu tun haben möchte“.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

10. Januar, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = stark, 6 = sehr stark, 7 = Sturm, 8 = Orkan, 9 = Sturm, 10 = Orkan.

Beob- achtungs- Station.	Barom.	Wind- Richtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cels.	Beob- achtungs- Station.	Barom.	Wind- Richtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cels.
Borkum	770.6	NO 2	bedeckt	-2	Soll	781.3	SW 4	bedeckt	+11
Hamburg	770.1	NO 3	bedeckt	-2	Aberdeen	764.0	S-O 4	Hegen	+6
Swinemünde	765.3	NNW 7	Schnee	-4	Paris	767.8	OSO 4	Regen	+2
Wismar	765.3	NN 7	halbbd.	-1	Villingen	771.2	SSO 2	wolkl.	-4
Aschen	765.3	NO 4	bedeckt	-1	Christiansund	772.2	OSO 6	wolkl.	-6
Hannover	765.7	NO 5	>	-1	Skagen	772.2	OSO 6	wolkl.	-6
Berlin	767.2	N 4	wolkl.	-4	Kopenhagen	772.2	NNW 7	>	-6
Groden	767.7	NNW 3	Schnee	-3	Stockholm	768.8	NNW 6	wolkl.	-6
Brasilia	767.7	NNW 3	bedeckt	-6	Haparanda	772.8	NNW 3	>	-6
Reykjavik	769.6	N 3	Regen	+5	Peterburg	764.0	NNW 4	Schnee	-13
Frankfurt	765.5	NO 1	wolkl.	-0.4	Warschau	765.2	NNW 5	>	-4
Kiel	767.9	NNW 1	Schnee	-0.4	Wien	765.5	NNW 3	halbbd.	-1
München	767.7	N 3	bedeckt	-3	Rom	760.8		wolkl.	+10
Zugspitze	765.8	SW 9	Schnee	-3	Firenze	761.5	SO 1	bedeckt	+10
Valencia	762.5		bedeckt	+18	Seyditz	764.5		wolkl.	+6

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

9. Januar	7 Uhr morgens	9 Uhr nachm.	11 Uhr abends	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalschwere	751.0	749.9	748.7	750.5
Barometer auf dem Meerespiegel	751.0	750.4	749.2	750.2
Thermometer (Celsius)	5.2	5.2	5.2	5.2
Thermometer (Fahrenheit)	5.2	5.2	5.2	5.2
Relative Feuchtigkeit (%)	92	89	89	90.0
Wind-Richtung und -Stärke	10.0	10.00	10.00	—
Niederschlagsmenge (mm)	4.8	3.9	4.2	—

Höchste Temperatur (Celsius) 6.7. Niedrigste Temperatur 2.4.

Wettervorhersage für Sonntag, 11. Januar 1914, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Wolkig, zeitweise heiter, trocken, kalt, Nachtfrost, nördliche bis nordöstliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Rheinbr. Pegel:	1.33 m	1.37 m	am gestrigen Vormittag
Canal.	2.64 m	2.45 m	„
Mainz.	1.13 m	1.20 m	„

Schneebericht

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.

Tannus: Feldberg: Telegraphische Leitungen gestört. Oberreifenberg: Frost. 30 cm Schneehöhe (Neuschnee). Schneedecke geschlossen. Bahn nach dem Fuchstans sehr gut. Schneeschuhbahn sehr gut. Oranienberg: Leichter Frost. Schneehöhe 10 cm (zum Teil vereist). Schneedecke unterbrochen. Schwarzer Wegbahn und Kellergundbahn gut. Schneeschuhbahn ungenügend. Homburg v. d. H.: Leichter Frost. Schneehöhe 30 cm (gefroren). Schneedecke unterbrochen. Rodelbahn Saalburg gut. Schneeschuhbahn zum Teil unterbrochen. Westerwald: Marieberg: Leichter Frost. Schneehöhe 60 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Rodel- und Schneeschuhbahn gut. Verelsberg und Spessart: Tauwetter. Rhön, Gersfeld: Schneefall. Schneehöhe 1 Meter (pulverig). Schneedecke geschlossen. Schneeschuhbahn gut. Kreuzberg: Frost. Schneehöhe 95 cm (pulverig). Schneedecke geschlossen. Schneeschuhbahn vorzüglich. Schwarzwald, Feldberg: Frost. Schneehöhe 80 cm (weich). Schneedecke geschlossen. Schneeschuhbahn gut. Triebberg: Tauwetter.

in Bochum und den Oberschlesischen Kokswerken andererseits zustande gekommene Übereinkommen wegen des Verkaufs von Ammoniak ist in Form eines Kartells auf eine längere Reihe von Jahren abgeschlossen worden. Das Kartell beabsichtigt eine Preisvereinbarung auf dem Ammoniakmarkt sowie eine Abgrenzung der einzelnen Gebiete. Dadurch sollen die Preisunterbietungen, die in der letzten Zeit durch die künstliche Herstellung von Ammoniak seitens der Badischen Anilin- und Sodafabrik einen größeren Umfang angenommen haben, eingestellt werden. Dem Kartell haben sich alle größeren Ammoniakfabriken Deutschlands angeschlossen.

■ Der Absatz der deutschen Kaliindustrie im vergangenen Jahr weist, wie angekündigt, ein Plus von insgesamt 14 Mill. Mark auf. Die Aussichten für das laufende Jahr werden von beteiligter Seite als recht undurchsichtig bezeichnet. Augenblicklich haben die einzelnen Werke unter dem Schneefall zu leiden, da der hohe Schnee das Ausstreuen von Düngemitteln auf den Feldern unmöglich macht. Die Preise lassen natürlich noch zu wünschen übrig.

■ Die Deutsche Dunlop Gummi-Compagnie in Hanau erzielt im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 701 626 M., wodurch die Unterbilanz auf 294 237 M. zurückgeht.

■ Sinalco, A.-G. Detmold. Nach dem Bericht für 1912/13 wurden einschließlich Vortrag 236 524 M. (316 219 M.) Reingewinn erzielt, aus dem auf 1 Mill. M. Aktienkapital bekanntlich 20 (25) Proz. Dividende verteilt und 7731 M. vorgetragen werden sollen.

Marktberichte.

N Frucht- und Wochenmarkt zu Mainz vom 9. Januar. Per 100 Kilogramm. Weizen, Pfälzer, 18.50 bis 19.50 M., Roggen, Pfälzer, 16 bis 16.50 M., Braugerste, Pfälzer, 16.25 bis 17.25 M., Futtergerste 12.50 bis 13.50 M., Hafer, inländischer, 17 bis 17.75 M., Weizenheu 6 bis 6.50 M., Kleheu 6.40 bis 7.20 M., Stroh, Flegeldrusch, 3.20 bis 3.80 M., Maschinendrusch 2 bis 2.40 M., Speisekartoffeln (Industrie) 3.30 bis 3.40 M., Landbutter per Pfund 1.30 bis 1.40 M., in Klumpen 1.20 bis 1.30 M., Eier 25 St. 1.60 bis 2.20 M. — Brotpreise nach Erklärung der Bäckerinnung: 2 Kilo gemischtes Brot 1. Sorte 60 Pf., 2 Kilo Schwarzbrot 2. Sorte 56 Pf., 1½ Kilo Weißbrot, allem. Preis 75 Pf. N Viehmarkt zu Mainz vom 9. Januar. Ochsen: a) 90 bis 95 M., b) 86 bis 90 M., Kühe, Rinder: a) 88 bis 92 M., b) 78 bis 85 M., c) 70 bis 78 M., d) 62 bis 68 M., Kälber 98 bis 105 M., Schweine: a) 75 M., b) 73 bis 74 M., Sauen und Eber 63 M. — Fleischpreise nach freier Erklärung der Metzgerinnung: Ochsenfleisch per Pfund 90 bis 96 Pf., Kuh- oder Rindfleisch 60 bis 90 Pf., Schweinefleisch 80 bis 100 Pf., Kalbfleisch 90 bis 100 Pf., Hammelfleisch 70 bis 100 Pf.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Abdruck aus d. Tagespost.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Degenberg. Für Feuilleton: H. v. Kneuberg. Für Ausicht und Land: C. Kneuberg. Für Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und Politik: H. Kneuberg. Für Wirtschaft und Wirtschaft: H. Degenberg. Für Sport und Sport: H. Kneuberg. Für Kunst und Kunst: H. Degenberg. Für Literatur: H. Kneuberg. Für Musik und Musik: H. Degenberg. Für Theater und Theater: H. Kneuberg. Für Wissenschaft und Wissenschaft: H. Degenberg. Für Politik und

